

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 59

April / Mai 2012



Nordwall – von der Magie der Ringe

Kein Bock auf Nazi-»Bock«

Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus

INHALT

16,8 Millionen für ein überflüssiges Verkehrsprojekt	
Occupy all the Nordwall!	3
Heiligenschein für die Altstadt	4
Klimaschutzkonzept für die Stadt Celle	
Mehr als Kosmetik – mal sehen?	6
abgeordnetenwatch.de ab Mai in Celle	
Bürger fragen – Politiker antworten?	9
Laternengespräche	
Die Freiheitsglocke	10
Meldungen	12
Schülerzeitschrift von Neonazis »crossover«?	
Den Bock zum Gärtner machen	14
FES-Studie zu Rechtsextremismus	
Die Mitte in der Krise	16
Aktionen zum Fukushima-Jahrestag	
Alle abschalten	17
Neues rund um Wietze	
Puten, Prozess, Pedale	18
Dies & Das	
BuHa-Montagskneipe, Blick nach Links	19
Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus	
Zwei Tropfen Keynes pro Tag	20
Bücher zum Thema Nachhaltige Entwicklung	
Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?	22
Bolivien – ein Gespräch mit Julius H. Kriszan	
Morales' Präsidentschaft ist ein Wunder	23
Neue Bücher zu Bolivien	25
Kinotermine	26
Termine in Kultur & Politik	27



HALLO

*Well you roll on roads over fresh green grass.
For your lorryloads pumping petrol gas.
And you make them long, and you make them tough.
But they just go on and on & it seems you can't get off.*

*Oh, I know we've come a long way,
We're changing day to day,
But tell me, where do the children play.*

Cat Stevens

Ein Hauch von »Stuttgart 21« hat unsere Stadt erfasst. Dort wie hier geht es um eine bekloppte Verkehrspolitik. Für ein überflüssiges Straßenbauprojekt soll eine »Kult«-Kneipe (CZ) dem Abrissbagger ausgeliefert werden. Und die großen »Schuldenbremser« haben dafür mal eben 16,8 Millionen Euro. Dass der Klimaschutzfonds der Stadt dagegen im letzten Jahr mal gerade 35.000 Euro parat hielt, sei als Merkgröße für die Zukunftsfähigkeit der Stadt angeführt.

Wenn der Unmut jetzt von der virtuellen Welt des »Daumen hoch« noch einen Weg auf die Straße findet, steht uns vielleicht ein bunter Frühling ins Haus.

Ein bisschen »Straße« gibt's im Rio's am 15. April, wenn es dort im Poetry-Slam heißt: »Buch oder Bier?« Am 23. April fallen alljährlich der Welttag des Buches und der Tag des Bieres zusammen; deshalb gilt es jetzt zu klären, ob Geist oder Geistiges die Deutungshoheit dieses Tages für sich beanspruchen darf. Wir sind noch unentschieden.

Unsere »Cohiba«-Spendenaktion brachte seit der letzten Ausgabe immerhin den Gegenwert von drei dieser Lieblingszigarren des Ex-Kanzlers aus Hannover – ein Anfang, der aber Nachfolge sucht; Kontonummer unten im Kasten.

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Occupy all the Nordwall!

Was Celles Stadtplanern schlaflose Nächte bereitet, ist mir ja tatsächlich passiert: Im vergangenen Sommer holte mich im Hehlentorgebiet ein Bekannter mit dem PKW ab. Wir wollten nach Beedenbostel. Und siehe da: Der eher an großstädtische Verhältnisse Gewöhnte nahm nicht die 180°-Kehre auf dem Neumarkt, um über die Fritzenwiese in die Blumlage/Braunschweiger zu kommen. Er ließ sogar noch die 77er-Straße links liegen, um endlich beim Wederweg abzubiegen. – Nun ließ ich mir darüber keine grauen Haare wachsen, ja ich fand es nicht einmal erwähnenswert. Aber die »Herren der Ringe« halten dies für eine Zumutung. Sie meinen: Hätten wir nur die Chance gehabt, wären wir doch gleich in den Nordwall abgelenkt – und hätten dadurch vielleicht zwei bis drei Minuten »gespart« und unseren Umweltfrevler um gefühlte 0,2 % geringer halten können.

Dies beschreibt gleichwohl nur einen kleinen Teil der »Magie«, die künftig von der beidseitigen Befahrbarkeit des Nordwalls (»Äußerer Ring«) ausgehen soll. So wird ja damit auch der zweitgrößte Planet des Sonnensystems, in dessen Zentrum Karstadt strahlt, in den Zauber der Ringe eingebunden.

Das alles ist selbstverständlich Quatsch. Wenn sich die Sehnsucht der Stadtplaner nach der Ostumgehung erfüllt, hat ein beidseitiger Nordwall eine »Bedeutung« für vielleicht gerade mal 5.000 Einwohner_innen des Stadtteils Hehlentor. Die wissen aber schon heute um die Möglichkeit der Fritzenwiese. Für Menschen aus Groß-Hehlen, Scheuen, Vorwerk und selbst die aus Norden kommenden »Fremden« hat dann doch wohl die »Orts«-Umgehung Vorrang.

Kurzum: Die beidseitige Befahrbarkeit des Nordwalls ist völlig überflüssig. Und sie ist verbunden mit dem riesigen Abrissaufwand einer ganzen Straßenseite. Das alles mit Kosten, die für den Zweck an Wahnsinn grenzen. Selbst für die Anwohner_innen der Fritzenwiese ist der Nutzen begrenzt: Den Lärm, den sie heute von Norden haben, werden sie künftig vermehrt von Süden bekommen – direkt in ihre Gärten. Wo ist da der Vorteil?

Das Ganze ist ein fast zehn Jahre altes "Projekt" (siehe Seite 4); geplant unter Voraussetzungen, die sich geändert haben bzw. ändern werden. Die Ostumgehung gehört dazu, aber auch andere Aspekte: Das Verkehrsaufkommen ist in den vergangenen Jahren um 5 - 10 % gesunken und es wird angesichts sinkender Bevölkerungszahlen weiter zurückgehen. Die "Verödung der Altstadt" war an die Wand gemalt worden; davon ist heute nur noch eingeschränkt die Rede.

Die Nachteile spielen im Rathaus kaum eine Rolle: Für Fußgänger_innen und Radfahrer_innen wird sich

Und wenn ich wüsste, dass Morgen der letzte Tropfen Öl gefördert wird, würde ich heute noch eine Straße bauen.

Weisheit aus der spätfossilen Har-Ding-Dynastie

die Situation nicht verbessern, sondern eher verschlechtern. Die historische MTV-Halle soll ganz oder teilweise abgerissen werden.

Im vergangenen Jahr nahmen sechs Architektenbüros an dem Wettbewerb "Altstadt Celle - Leben in der Mitte" teil. Der Wettbewerb sollte die Grundlage für ein Handlungskonzept der nächsten 15 Jahre sein. Auf Nachfrage wandten sich vier der sechs Büros ausdrücklich dagegen, den Bereich Nordwall gegenläufig auszubauen. Ihre Argumente: Der innerstädtische PKW-Verkehr hat abgenommen und wird weiter abnehmen. Mit einem neuen Straßenangebot aber wird das konterkariert. Mobilität sollte nicht im Anspruch münden, auf



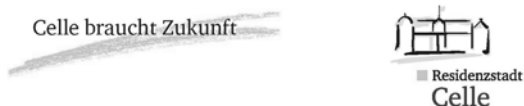
dem kürzesten Weg vor jede Ladentür zu kommen. Und: Mit einem gegenläufig befahrbaren Nordwall "verkleinert" sich die Altstadt, weil der ganze Bereich Fritzenwiese – und damit das Ziel "Leben an der Aller" – abgekoppelt wird.

Zum Gesamtkonzept gehört dann ja noch ein "Kreisverkehr" in Höhe Hafenstraße, den die Planer so wichtig finden, weil's bisher doch so schwer sei, auf die Allersinsel zu kommen. Nun erleben wir auch dort trotz riesigem Parkplatz keine unübersichtlichen Stauungen. Was auch nicht so verwundert, denn immerhin gibt's dort ja auch die Möglichkeit, über die Biermannstraße zu verschwinden. Auch der "Kreisel" hat eher "magische" als tatsächliche Qualität.

Weiter S. 5

Heiligenschein für die Altstadt

Das Konzept der beidseitigen Befahrbarkeit des Nordwalls entsprang einer »Vision« des ehemaligen Oberbürgermeisters Martin Biermann. Bevor er endgültig sein Herz für den Atomkonzern e.on entdeckte, widmete er all sein Denken und Tun dem innerstädtischen Einzelhandel. Jener fürchtete im Zuge stagnierender Kaufkraft um seine Renditen. Als bedrohlich wurden Leerstände von Geschäften, der Rückgang inhabergeführter Geschäfte und die Zunahme von Filialgeschäften großer Konzerne wahrgenommen. Ein befürchtetes Folgeproblem: Nur bei entsprechender Gewinnsituation würden Hausbesitzer_innen noch für den Erhalt der Fachwerksubstanz des Altstadtkerns sorgen. Die »geniale« Idee bestand nun in der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit.



Einen Konkurrenznachteil gegenüber Hannover oder den Discountern auf der »grünen Wiese« sah man in der »Erreichbarkeit«, die „heutzutage das Einkaufsverhalten der Menschen bestimmt“. Damit wollte man der vielbeschworenen »Verödung der Innenstadt« vorbeugen. Dem Stadtrat schien das plausibel, die kostenfreie Nutzung des Ratsherren-Parkplatzes an der Kanzleistraße mag als »Sein« insoweit das »Bewusstsein« nicht unwesentlich beeinflussen. Jedenfalls machte man sich im Rathaus keinen Gedanken um die Verbesserung des ÖPNV oder des Fahrradverkehrs, sondern einzig um die Ausweitung der Privilegierung des PKW-Verkehrs.

Dem mythischen Denken nicht allzu fern, kamen ein »innerer« und ein »äußerer Ring« auf die Agenda. Um die »Ringe« zu schließen, mussten zweierlei her: die Aufhebung der Fußgängerzone in der Schuhstraße und die beidseitige Befahrbarkeit des Nordwalls.

Der »Herr der Ringe«, Dr. honoris causa Martin Biermann, bewarb in einer städtischen Broschüre »Das neue Verkehrskonzept für die Celler Innenstadt« im Jahr 2004 wie folgt:

Der äußere Ring verbindet Neumarkt mit Mühlenstraße, Hannoversche Straße, Sägemühlenstraße, 77er Straße, Wehlstraße und Nordwall. Er ist auf ganzer Länge gegenläufig befahrbar.

Der innere Ring führt von der Kanzleistraße über Schlossplatz, Südwahl, Kleiner Plan, Am Heiligen Kreuz, Schuhstraße und schließt sich an der Kanzleistraße. Er ist einspurig entgegen dem Uhrzeigersinn befahrbar.

„Gern genommen, aber nicht gern gesehen: Von der Allerbrücke auf die Geradesausspur und dann der scharfe Links-Turn Richtung Fritzenwiese. So wird aus einer reinen Anliegerstraße tagtäglich eine verkehrsbelastete Durchgangsmeile. Die Realität zeigt deutlich den Wunsch unserer Verkehrsteilnehmer nach direkten und kurzen Wegen. Auch Auswärtige verlieren trotz des ausgeschilderten Verkehrsleitsystems schnell die Orientierung und drehen häufig eine Zusatzrunde durch die Stadt, um ans gewünschte Ziel zu gelangen. [...] Um den äußeren Ring zu realisieren, muss der Nordwall gegenläufig befahrbar sein. So ist es später möglich, vom neu gestalteten Neumarkt aus direkt in den Nordwall einzubiegen. Ziele wie das Hotel Steigenberger, das Parkhaus Nordwall oder die Braunschweiger Straße sind dann ohne Umwege zu erreichen.“

Unter den magischen zwei »Heiligenscheinen« (siehe Titelfoto der Broschüre der Stadt) sollen die Kassen in der Innenstadt wieder klingeln, vor allem durch die Umleitung von Geldflüssen:

„Das bequeme, praktische und sortimentsnahe Einkaufen hat einen hohen Stellenwert. Hier haben die großflächigen Anbieter auf der grünen Wiese einen Wettbewerbsvorteil. Das neue Verkehrskonzept ist ein Schritt zur Chancengleichheit. Denn die einzelnen Abteilungen, Regale und Tresen des »Supermarktes Innenstadt« sind nun schneller und auf kürzeren Wegen zu erreichen.“

Zwischenzeitlich hat sich einiges geändert: Die Fußgängerzone ist mit dem Wegfall der Schuhstraße verkleinert worden, wodurch sich zwar das Bild der Schuhstraße, aber nicht unbedingt die Zahl der Leerstände verändert hat. Nur: Letztere wirken nicht mehr bedrohlich, seit das Gespenst eines Einkaufszentrums sich verflüchtigt hat. Aber wie es mit »magischen Praktiken« nun mal so ist: Sie entziehen sich der Realitätsprüfung. Allein der (geschlossene) »Ring« schon verspricht Schutz gegen alles Böse von Außen – und überhaupt.

Zitate aus: »Das neue Verkehrskonzept für die Celler Innenstadt«, hg. von der Stadt Celle, Celle 2004; siehe unter <http://www2.celle.de/Innenstadt/Verkehrskonzept.pdf>



Dem ganzen faulen Zauber stehen Kosten in Höhe von 16,8 Millionen Euro gegenüber. Die im Kern ausgegeben werden sollen für die bloße Veränderung einer Wegführung. Eigentlich nur dafür, dass der Nordwall die Funktion der Fritzenwiese übernimmt. Häuser werden abgerissen, über Monate wird der Neumarkt zur Baustelle. Und auch wenn diese 16,8 Millionen "nur" zu einem Drittel aus dem städtischen Haushalt finanziert werden; auch die restlichen 2/3 sind Steuergelder. Aber bis auf die Bündnisgrünen und Die Linke/BSG sind im Stadtrat alle Fans von Schuldenbremsen dafür.

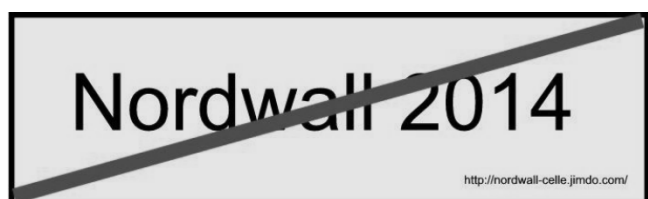
Ein Stressfaktor für Verwaltungsspitze und Ratsmehrheit scheint zu sein, dass Fördermittel für die Allerbrücke mit der Auflage des gegenläufigen Nordwall-Ausbaus verbunden waren. Hier droht – so die Behauptung aus Ratskreisen – eine Rückzahlung.

Die Gegnerschaft formiert sich aktuell über eine Facebookseite ("GEGEN den Umbau am Nordwall CELLE"), was die »Herren der Ringe« vor allem deshalb nervt, weil sich ein Großteil der jugendlichen Besucher_innen des »Rio's« dort tummelt und sich ein eigenes Bild von »Celles Zukunft« macht.

Weit über 1,5 Millionen Euro dürfte die Stadt mittlerweile dafür ausgegeben haben, Grundstücke und Immobilien am Nordwall zu kaufen - um sie abzureißen. Damit geht es Stadtbaurat Hardinghaus nicht schnell genug, denn damit soll anscheinend begonnen werden, noch bevor eine Bewilligung der Fördermittel vorliegt. Fakten schaffen, nennt man das wohl. Wenn's schief geht, dürfte Celle allerdings mal einen Stadtbaurat namens Hardinghaus gehabt haben.

An zwei Punkten kann das Projekt scheitern: Es soll Eigentümer geben, die nicht verkaufen wollen. Wenn die Stadt gezwungen ist, eine Enteignungsverfahren einzuleiten, muss sie plausibel begründen, warum sie eine Straße bauen will, die niemand braucht.

Eine weitere Chance liegt darin, dass die beantragten Fördergelder nicht bewilligt werden - ein bisschen Unruhe in der Stadt kann dabei nur hilfreich sein.



Nix mit Ökostrom!?

Auf einer Fukushima-Mahnwache vor einem Jahr hatte Oberbürgermeister Mende angekündigt, dass er den Strombezug der Stadt zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf Ökostrom umstellen wolle. Angesichts des Super-Gaus in Fukushima sei dies die notwendige kommunale Antwort.

»Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach.« (Matthäus 26, 40-41) Diese neutestamentarische Ausrede scheint einigermaßen passend für den »Willen«, den Stromverbrauch der städtischen Liegenschaften künftig auf Ökostrom umzustellen, doch die Marktlogik (»das Fleisch«) scheint dem einen Strich durch die Rechnung zu machen. »Ökostrom« wird's nur geben, wenn das Angebot stimmt.

Die nächste öffentliche Ausschreibung des Stroms erfolgt über die Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft mbH des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (KWL). Begründung der Verwaltungsspitze: *„Da eine derartige Stromausschreibung sehr aufwändig ist und mit den personellen Kapazitäten der Stadtverwaltung nur unzureichend bewältigt werden kann, ist es sinnvoll, sich des besonderen fachlichen Know-hows der KWL zu bedienen.“* Außerdem weil bei der beabsichtigten, gebündelten Ausschreibung mit anderen Gemeinden *„aufgrund des Leistungsvolumens die voraussichtlichen Bezugspreise niedriger sind, als bei einer Ausschreibung, die die Stadt Celle allein durchführen würde.“*

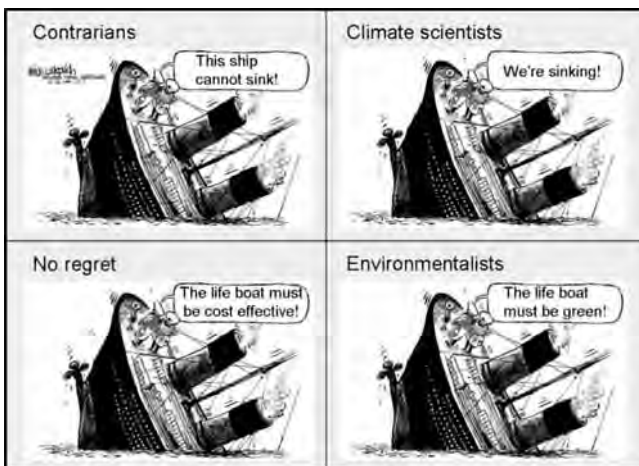
Zwar ist bei der geplanten Ausschreibung Strom aus regenerativen Energiequellen als zusätzliches Wertungskriterium festgelegt. Der Zuschlag wird auf das Angebot »Ökostrom« wird aber nur erteilt, wenn der Angebotspreis nicht mehr als 10 % über dem günstigsten Angebot Kohle- und Atomstrom liegt. Dieser Prozentsatz sei, so die Verwaltung, *„nicht gestaltbar“*. Abweichend sei dies nur über ein eigenes Ausschreibungsverfahren möglich.

Der Jahresstromverbrauch für die städtischen Liegenschaften einschl. Straßenbeleuchtung liegt derzeit bei ca. 11.476.000 kWh, die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 1.200.000 Euro. Zur Zeit bezieht die Stadt Strom von der SVO (z.B. Straßenbeleuchtung) und der BS Energie AG.

Der Kreistag hat im Februar im Kreisausschuss gegen Bündnisgrüne und SPD entschieden, gänzlich auf eine Ausschreibung für 100 Prozent erneuerbare Energien bei der Stromversorgung für die Liegenschaften des Kreises zu verzichten. Einen entsprechenden Antrag hatte die SPD-Kreistagsfraktion im vergangenen Jahr gestellt. Der Landkreis ist einer der größten Stromverbraucher in der Region: Die Kreisliegenschaften haben zusammen eine Nettotonutzfläche von über 235.000 m² – vor allem die vielen Schulen gehören dazu. SPD-Fraktionschef Schmidt kritisierte: *„Mit einem klaren Signal für erneuerbare Energien hätte der Kreis eine Spitzenposition einnehmen können – stattdessen bleibt es in der Konsequenz bei Atomstrom und fossilen, also endlichen Brennstoffen.“* Dass er gleichzeitig die Auffassung vertritt, dass die SVO bei den erneuerbaren Energien Pionierarbeit leiste, mutet dagegen etwas kurios an: Die SVO gehört bekanntlich zum Atomkonzern e.on; sollte die SVO tatsächlich in den vergangenen Jahren mal in Regenerative Energie investiert haben, muss dies an uns vorbeigegangen sein.

Mehr als Kosmetik – mal sehen?

Nun liegt es vor, das »Integrierte Klimaschutzkonzept mit Aktionsplan« für die Stadt Celle«. Ein erster Schritt zu einem zusammenhängenden und zielorientierten Handeln ist damit immerhin getan. Bis 2050 soll Celle danach bezogen auf den Primärenergieverbrauch eine »energieautarke Stadt« werden. Bis zum Jahr 2020 soll eine Reduzierung der CO₂-Belastung um 40 Prozent erreicht werden. Es bleibt die Frage, ob dies zu schaffen ist mit den Maßnahmen, die sich im wesentlichen im Rahmen von Konzepten der »schwachen Nachhaltigkeit« bewegen. Jetzt ist »die Politik« gefragt, vor allem aber sind starke Impulse aus der Gesellschaft erforderlich, um wenigstens den vorgelegten Aktionsplan umsetzen zu können. Denn Klimaschutz steht auf der Prioritätenliste längst noch nicht auf Platz 1. Wir wollen im Folgenden die wesentlichen Bestandteile des Konzepts vorstellen und uns an eine Kritik wagen.



Das Ziel ist definiert. Celle will in Anlehnung an das bundesweite Ziel bis 2020 seinen CO₂-Ausstoß um 40 % mindern. Als Referenzjahr wird mit Bezug auf das Kyoto-Abkommen das Jahr 1990 gewählt. Es gilt das Territorialprinzip, d.h. die CO₂-Emissionen werden aus dem Verbrauch der Primärenergieträger innerhalb des Stadtgebietes errechnet. Erhoben wird ausschließlich der direkte Endenergieverbrauch, also Strom und Heizenergie-träger – sowie über Durchschnittswerte der Treibstoffverbrauch im Verkehr. Ausgeblendet wird bei einer derartigen Bilanzierung völlig, dass die Autos produziert werden mussten, bevor sie Sprit verbrauchen – die Produktion muss sich dann Wolfsburg zurechnen lassen. Während sich Celle durch in Freiburg gegessenes WASA-Knäckebrötchen belastet sieht.

Die CO₂-Bilanzierung wurde mit dem Programm *Eco Regio Smart* durchgeführt, das viele Kommunen in Deutschland nutzen. Abhängig ist die Ermittlung von den eingespeisten Daten. Danach ergab sich für das Jahr

2010 ein Gesamtenergieverbrauch von etwa 3.300.000 MWh, was etwa 10 Tonnen CO₂ pro Jahr und Einwohner entspricht und damit leicht über dem Bundesdurchschnitt liegt. Regionale Daten für das Jahr 1990 ließen sich nicht ermitteln, so dass hierfür nur Basisdaten zugrunde gelegt werden konnten. Das sollen etwa 10,5 Tonnen CO₂ pro EW und Jahr gewesen sein. Leider lässt sich das nur aus einer Grafik ablesen. Aber: Seit 1990 sollen in der Stadt 6,5 % »eingespart« worden sein. Das wiederum ist deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt, wo von 1990 (12,7 t) bis 2010 (9,7 t) eine Minderung um 23 % erfolgte.

Richtig ärgerlich ist, dass im Klimaschutzkonzept nirgendwo quantifiziert ist, wo die Stadt im Jahr 2020 landen will. Aber – selbst berechnet – landen wir bei rund 6,5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr. Und das ist eine Herausforderung, die für die nächsten acht Jahre mehr erfordert als ein bisschen Klimakosmetik. Gegenüber der bundesweiten Entwicklung muss Celle grob gesprochen ein doppeltes Tempo vorlegen.

Wie soll das machbar sein? Klimapolitik in Deutschland ist ein »top-down«-Projekt, d.h. der Gestaltungsrahmen wird im wesentlichen durch Bundesgesetze geprägt. Einen direkten Zugriff haben Städte zunächst einmal als »Verbraucher« nur auf ihren eigenen Gebäudebestand und Technikpark. Da können sie Vorbild werden. Darüber hinaus aber haben sie als »Planer« gewisse Möglichkeiten z.B. hinsichtlich der energetischen Anforderungen in Neubaugebieten (Passiv- oder Plus-Energie-Häuser aus Auflage) und können versuchen, angebotsorientiert Mobilität zu verändern (ÖPNV und Fahrrad statt PKW-Individualverkehr). Schließlich können sie Rahmenbedingungen für den Ausbau regenerativer Energien schaffen (Flächenausweisung für Windkraftanlagen) oder selbst in Erneuerbare investieren. Auch die energetische Beratung von Bürger_innen können sie sich zur Aufgabe machen.

All diese Felder werden im Celler Klimaschutzkonzept behandelt. Konkreter wird es dabei nur in so genannten Teilprojekten, die in der Realisierungs- oder Planungsphase stecken. Darunter sind einige durchaus beachtlich. Dazu gehört die »energetische Stadtteilsanierung« Heese-Nord. Dort wollen vier Wohnungsbaugesellschaften ihren rund 1200 Wohnungen umfassenden Bestand mit dem Ziel sanieren, den Heizenergiebedarf um ca. 45 % zu senken. Damit kann der CO₂ Ausstoß jährlich um insgesamt 1.700 t gesenkt werden, was auf die ganze Stadt bezogen aber nur etwa 21,4 kg pro Einwohner bringt. Aus den Erfahrungen dieses Modellprojekts lassen sich hoffentlich Folgeschritte für den übrigen Mietwohnungsbestand der Gesellschaften ziehen.



Die Geothermie hingegen, um die in Celle ein großes Ballyhoo gemacht wird, ist aktuell kaum mehr als Schaufensterdekoration. Die Tiefengeothermie steckt in den Kinderschuhen und auch die oberflächennahe Geothermie spielt keine Rolle: Ganze 63 Anlagen sind in den Jahren 2005 – 2010 in Celle hinzugekommen. Für das Neubaugebiet »Kieferngrund« gibt es jetzt eine »Förderung«. Ein interessantes Kleinprojekt ist in diesem Bereich vielleicht noch, dass derzeit geprüft wird, die EDV-Anlage der Stadt geothermisch zu kühlen.

Dass die Stadt schon aus Kostengründen die Optimierung der eigenen Gebäude im Blick hat, ist klar. Das gehört zum Geschäft, wie etwa das Klärwerk zeigt, wo durch die Gasgewinnung aus Biomasse und anschließender Verstromung in eigenen Blockheizkraftwerken ca. 50 % des Strombedarfs und 100 % der benötigten Wärmeenergie selbst erzeugt wird. Das ist nicht unwichtig, da – was überraschen mag – das Klärwerk 31 % des Energiebedarfs der Stadtverwaltung frisst. Und auch die Straßenbeleuchtung ist mit 21 % ein Faktor, der logischerweise nach permanenter Optimierung schreit.

Insgesamt aber ist die Stadtverwaltung nur mit einem Prozent am Gesamtenergieverbrauch Celles beteiligt. Den größten Bedarf hat »die Wirtschaft« mit 47 %, gefolgt von den Haushalten (27 %) und dem Verkehr (25 %). Der Einfluss auf »die Wirtschaft« ist bekanntlich angesichts der bestehenden Eigentumsordnung beschränkt, da sollen es ja immer die Marktkräfte richten. Und in gewisser Weise ist auch die Verkehrspolitik in Deutschland »marktgesteuert«, abhängig von Preisen und Angeboten. Aber selbstverständlich lässt sich Mobilität postfossil »lenken«, z.B. durch ein Straßennetz, das keinen Anreiz zu motorisiertem Individualverkehr gibt, und parallel einen Ausbau der Angebotsstruktur für ÖPNV und den Langsamverkehr, sprich Fußgänger_innen und Fahrrad. Immerhin nimmt das Klimaschutzkonzept hier ein Reduzierungsszenario von 20 % als realistisches Ziel an. Wie? *„Dabei wird es verstärkt auf eine regionale bzw. überregionale Vernetzung ankommen, um die Angebotsstrukturen des ÖPNV zu optimieren und insbesondere den Berufsverkehr zu reduzieren. [...] Eine weitere Verteuerung des Kraftstoffes, eine Verknappung des Parkplatzangebotes, ein verbessertes ÖPNV Angebot sowie*

eine weitere Attraktivitätssteigerung des Radwegenetzes könnten neben gezielter Aufklärungsarbeit ein probates Mittel sein, eine Reduzierung des Verkehrs zu erreichen. Zwar wird damit das in den letzten Jahren stark gewachsene Mobilitätsbedürfnis der Menschen stark beeinträchtigt; andererseits müssen die Mobilitätsbedürfnisse und lokalen Wirtschaftsinteressen auch mit den Anforderungen an Umwelt und Gesundheit vereinbar sein.“ Der Konjunktiv wird es dem Rat ermöglichen, hier zuzustimmen. Aber Parkplätze reduzieren und ÖPNV finanzieren? Das wird wohl nichts. Obwohl eine Tendenz auch die Autolobby überraschen wird: *„So ist der Anteil des Fahrradverkehrs von 1978 bis 2006 von 12 % auf 27,3 % angewachsen.“*

Dem carbonbasierten Energieverbrauch steht auf der anderen Seite die Möglichkeit des Ausbaus regenerativer Energie gegenüber. Die Reduzierung der CO₂-Emissionen geht eben auf der einen Seite durch Innovation und Effizienz, auf der anderen durch den Ersatz der fossilen Energieträger. Da hat die Stadt Celle einiges vor sich, aber noch nicht viel vorgenommen. *„2010 wurden insgesamt 43.819 MWh Strom aus Erneuerbaren Energien eingespeist. Die von der SVO Energie GmbH durchgeleitete Strommenge betrug 342.476 MWh. Der Anteil an Erneuerbaren Energien beträgt etwa 12,8 %.“* (Das ist im Vergleich zum bundesweiten Strommix wenig, dort waren es im Vergleichsjahr 16,8 %.) In Celle entfallen aktuell 49 % der Stromspeisung auf Biogas, gefolgt von der Windkraft mit 42 %, Solaranlagen und Wasser mit jeweils 4 %. Bis auf Wasserkraft gibt es überall Potentiale. Im Einzelnen:

Viel wichtiger muss Windkraft werden. Bei Hustedt gibt es derzeit die einzigen drei Windkraftanlagen (Gesamtleistung von ca. 4,5 MW) betrieben. Hier sollte ein »Repowering« angestrebt werden. - Neue Anlagen mit je 3,2 MW Leistung würden pro Anlage ein Einsparpotential von 86 kg CO₂ pro Einwohner_in bringen. Bei einem kleinen Windpark mit fünf Anlagen dieser Größenordnung käme es zu einer CO₂-Reduzierung um bis zu ca. 4,3 %. Konsequenz: Die Stadt muss weitere Flächen für Windkraftanlagen ausweisen.

Derzeit gibt es acht Biogasanlagen mit einer gesamten Leistungsgröße von ca. 3.500 KW elektrischer Leistung. Von den Anlagenbetreibern wird eine kurzfristige Erweiterung auf 5.400 KW angestrebt. Problem: *„Die für den Anbau von Energiepflanzen benötigte Fläche würde sich dadurch schätzungsweise von bisher 1400 ha auf voraussichtlich 2.400 ha erhöhen. Bei einer im Flächennutzungsplan insgesamt ausgewiesenen Fläche für die Landwirtschaft von ca. 6.670 ha würde sich der Flächenanteil für Energiepflanzen von 21 % auf 32 % ausdehnen.“* Immerhin ergibt sich aber eine mögliche CO₂-Einsparung von ca. 270 kg je Einwohner in Celle bzw. ca. 2,5 %.

Über Photovoltaikanlagen wurden 2010 in Celle gut 1.700.000 kWh eingespeist. Damit wird rein rechnerisch der CO₂ Ausstoß um 0,26 % pro EW/a reduziert. Auch hier bestehen Ausbauchancen, die aber stark von

den Renditeerwartungen abhängt (und die wiederum von der EEG-Förderung durch den Bund).

Das Klimaschutzkonzept wird »abgerundet« durch 105 Maßnahmenvorschläge, zu denen zum einen das CO₂-Einsparpotential grob bewertet wird (indirekt, +, ++, +++) sowie mit der Priorität 1 oder 2 versehen sind. Diese Vorschläge sind allerdings sehr allgemein gehalten. Es gibt kein Umsetzungskonzept und auch keine Kostenschätzungen. Hier ist dann »die Politik« gefordert, den Katalog abzarbeiten bzw. durch weitere Vorschläge zu ergänzen.

Wie das gehen könnte, hat die Fraktion Die Linke/BSG nach Vorlage des Klimaschutzkonzepts vorgebracht. Sie fordert zum einen die Gründung einer Klimaschutzagentur nach dem Vorbild anderer Städte, zum anderen ein städtisches Investitionsprogramm in die Erneuerbaren Energien – finanziert über die neu und zusätzlich durch die SVO-Beteiligung erzielten Gewinne (siehe Kasten). Hier wird sich zeigen, ob Verwaltungsspitze und Stadtrat sich tatsächlich an die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes machen wollen.

Ein wichtiger Aspekt spielt im Klimaschutzkonzept nur eine sehr untergeordnete Rolle: Suffizienz und kultureller Wandel der Lebensstile. Was heißt das? Das Celler Klimaschutzkonzept setzt im Sinne »schwacher Nachhaltigkeit« auf Innovation, Effizienz und die Ersetzung fossiler Energieträger durch regenerative. Im Gegensatz dazu zielt Suffizienz auf den Konsum von Gütern, d.h. auf Lebensstile, die sich durch einen geringeren Verbrauch an Produkten (und damit Ressourcen) auszeichnen. Damit wird die rein energetische Betrachtungsweise aufgesprengt; gefragt wird z.B. nach Ernährungsveränderung (»Weg vom Fleisch«), nach Mobilitäts-»Verzicht« (drastische Reduzierung des Flugverkehrs), nach einer Regionalisierung von »Wirtschaft«, nach Arbeitszeitverkürzung etc. etc. Das ist als »starke Nachhaltigkeit« heute fester Bestandteil jeder ernstzunehmenden Diskussion um Klimaschutz. Erforderlich hierzu wäre aber eine gesellschaftliche Anstrengung, die über die Kinderschminke von »Earthday«-Lichtabschalten weit hinausgehen muss.

Machen wir uns also nichts vor: Das städtische Klimaschutzkonzept ist in vielem unausgereift, was nicht wundern muss. Wo sonst bei jeder Kleinigkeit gutachterliche »Expertise« eingeholt wird, ist es mit schmalsten personellen Ressourcen im Rathaus entstanden. Dass jetzt mit kommunalem Klimaschutz ernst gemacht würde, ist nach ersten Reaktionen aus den bürgerlichen Ratsfraktionen nicht unbedingt zu erwarten. – Positiv: Klimaschutzfonds der Stadt zur Förderung regenerativer Energie wird aufgrund der SVO-Beteiligung künftig mit rund 450.000 Euro jährlich gefahren. Allerdings sind die Vergaberichtlinien in Teilen wenig geeignet, gezielt dort zu fördern, wo es etwas bringt.

Das »Integrierte Klimaschutzkonzept« haben wir auf unserer website www.revista-online.de verlinkt.



350 ist die vielleicht wichtigste Zahl in der Welt – Wissenschaftler_innen gehen davon aus, dass bei anhaltenden CO₂-Konzentrationen von über 350 ppm der Klimawandel katastrophisch werden kann. Auf der website www.350.org/de finden sich Infos und Aktionen.

ANTRAG KLIMASCHUTZ

Ratsfraktion Die LINKE/BSG

Auf Grundlage des »Integrierten Klimaschutzkonzeptes mit Aktionsplan« strebt die Stadt Celle an:

- die Gründung einer Klimaschutzagentur; sowie
- die Auflage eines Investitionsprogramms für erneuerbarer Energien.

Die Verwaltung wird beauftragt,

zu a.) auf Grundlage der Erfahrungen anderer Städte mit Klimaschutzagenturen deren Organisations- bzw. Gesellschaftsmodelle, Arbeitsfelder und materielle Ausstattung vorzustellen und eine den Celler Erfordernissen angepasste Lösung auszuarbeiten.

zu b.) dem Rat zur Beratung Vorschläge für ein Investitionsprogramm in erneuerbare Energien (Windenergie, Photovoltaik etc.) sowie Energieeffizienz (BHKW) für den Zeitraum 2013 – 2020 vorzulegen.

Begründung:

Zu a.) Eine Klimaschutzagentur kann unabhängig Bürgerinnen und Bürger sowie klein- und mittelständische Betriebe, das Handwerk und den Handel in der Stadt über Möglichkeiten der Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien beraten und über Fördermittel und Finanzierungsmöglichkeiten informieren. [...]

Zu b.) [...] Mit den erheblichen zusätzlichen Einnahmen durch die Beteiligung an der SVO kann die Stadt ein eigenes Investitionsprogramm auflegen. Die Voraussetzungen sowohl hinsichtlich der Organisationsform (z.B. Anbindung an Stadtwerke) wie auch der im angegebenen Zeitrahmen machbaren Projekte in der Region sind zügig zu prüfen.

Bürger fragen – Politiker antworten?

Spätestens im Mai dürfte es soweit sein: Über die Internetplattform abgeordnetenwatch.de können dann öffentlich Fragen an Celles Ratsmitglieder gestellt werden – verbunden mit der Hoffnung, auch Antworten zu bekommen. Das wird im Rat nicht nur auf Wohlgefallen stoßen, weil neben mehr »Bürgernähe« und Transparenz so auch eingefordert werden wird, dass Positionierungen und Entscheidungen nachvollziehbar begründet werden. Und letzteres dürfte bei manchen kommunalpolitischen Themen (Beispiel: Nordwall) nicht so einfach sein.

abgeordnetenwatch.de - so lesen wir auf wikipedia – „ist eine überparteiliche und institutionell unabhängige Internetplattform, die für Bürger die Möglichkeit eröffnet, deutsche Abgeordnete verschiedener Parlamente öffentlich zu befragen. [...] Neben Fragen und Antworten sind berufliche Qualifikationen, Mitgliedschaft in Ausschüssen, anzeigepflichtige Nebentätigkeiten sowie das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bei wichtigen Parlamentsentscheidungen öffentlich einsehbar.“

Im März stellte Roman Ebener auf Einladung des Rosa Luxemburg Club in einer Veranstaltung der Volkshochschule das Projekt in Celle vor. Die Idee von abgeordnetenwatch.de besteht im Kern darin, im Internet eine offene Dialogmöglichkeit zwischen Wähler_innen und Gewählten zu schaffen. Auf dem Portal sind dann alle Abgeordneten, nach Möglichkeit mit ihren Fraktionsmitgliedschaften (z.B. CDU), Funktionen (also z.B. Fraktionsvorsitzende) und ihren jeweiligen Ausschussmitgliedschaften (z.B. Umweltausschuss) aufgeführt. Über ein Formular wird den Fragesteller_innen ermöglicht, sich fachspezifisch an die jeweils »Zuständigen« zu wenden. Die eingehenden Fragen werden von einem Moderatorenteam daraufhin geprüft, ob sie sachbezogen sind, tatsächlich eine Frage beinhalten und kein bloßes Statement sind – und selbstverständlich keine Beleidigungen oder Unterstellungen enthalten. Dann werden die Fragen an das jeweilige Ratsmitglied weitergeleitet und im Portal für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Ob und wie es daraufhin eine Antwort gibt, bleibt den Befragten überlassen. Auch die Antworten werden öffentlich gemacht – und einmal gegeben, bleiben sie »auf ewig« sichtbar. So entsteht eine gewisse Verbindlichkeit und es kann geprüft werden, ob die Abgeordneten sich in ihren Entscheidungen gemäß der einmal gegebenen Antworten verhalten.

Derzeit sind die Ratsmitglieder aus 28 Städten und Gemeinden über abgeordnetenwatch.de befragbar. Seit dem Start der kommunalen Plattformen im letzten Jahr sind auf dieser Ebene bereits über 700 Fragen gestellt worden – und über 70 Prozent auch schon beantwortet worden. Die Stadt Celle wird nach Göttingen die zweite Stadt in Niedersachsen.

Finanziert wird das Projekt vor allem durch Spenden. Fördermitglied kann man/frau mit 5 Euro monatlich werden; in den Städten müssen sich mindestens zehn Fördermitglieder finden, damit das Projekt dort an den Start geht. Für Celle scheint das gesichert, weitere Mitglieder aber werden gesucht: Wir leiten entsprechende Anfragen gern an den sich konstituierenden Celler Kreis weiter (schreibt einfach an revista@gmx.de).



In welcher Weise Celler Abgeordnete in Bundes- und Landtag sich mit Fragen herumschlagen müssen und in welcher Weise sie gewillt waren zu antworten, zeigt folgende Auflistung:

Kirsten Lühmann (SPD) bekam 30 Fragen und beantwortet bisher 23 davon (wobei zu berücksichtigen ist, dass zwischen Frage und Antwort immer ein gewisser Zeitraum liegt; bei Henning Otte (CDU) waren es 22 Fragen und 14 Antworten. Im Landtag sieht die Bilanz so aus: Jörg Bode (FDP) 25/13, Thomas Adasch (CDU) 3/3, Rolf Meyer (SPD) 0/0.

Dass die »Antworten« nicht immer als solche gelten können, zeigt vielleicht folgendes Beispiel des Abgeordneten Adasch:

Frage zum Thema Demokratie und Bürgerrechte // 26.06.2011 // Von: XXXX

Sehr geehrter Herr Adasch,

letztes Jahr hat der Niedersächsische Landtag eine Erhöhung der Diäten beschlossen. Sind Sie auch der Ansicht, dass die Abgeordneten weiterhin zukünftig über die Erhöhung ihrer Bezüge selbst entscheiden sollen oder wäre es nicht sinnvoller, wenn eine unabhängige Instanz über die Diätenerhöhung entscheiden würde, wie es in anderen europäischen Ländern Gang und Gäbe ist?

Antwort von Thomas Adasch

Sehr geehrter Herr XXXX,

die genannte Diätenerhöhung für die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages basiert auf entsprechenden Empfehlungen einer unabhängigen Kommission. Diese setzt sich u.a. aus Vertretern des Bundes der Steuerzahler und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Adasch

Die Freiheitsglocke



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo und Jonas singen: *Ich bin nicht frei und kann nur wählen, welche Diebe mich bestehlen, welche Mörder mir befehlen ...*

Der Besserwisser: Das lasst man nicht den Gauck hören.

Oma Lilo: Ach ja, unsere neue Freiheitsglocke.

Der lange Lulatsch: Der größte Antikommunist von Gottes Gnaden, schreibt der Focus – selbstverständlich hochachtungsvoll.

Die Dicke: Willy Brandt würde sich im Grab umdrehen, wenn er könnte ...

Oma Lilo: Wieso das denn?

Die Dicke: Na, sein Traum von der Mehrheit links der Mitte, hat sich verwandelt in eine Mitte-Rechts-Mehrheit ohne die geringsten Spuren von links.

Der Besserwisser: Traum' weiter. Ein Gauck kommt ja nicht ins Amt, weil das Volk das so bestellt hätte. Die Politik wählt sich so einen aus, weil sie ihn für geeignet hält und ihn dann Volk und Presse als den passenden Repräsentanten für Deutschlands höchstes Staatsamt präsentiert. Die Medien nehmen sich dieser Wahl an und kümmern sich staatsmännisch besorgter als die Machthaber um seine Eignung, Vorzüge und Defizite. Sie erklären, was dieses Land braucht, einen Sonntagsprediger, der glaubwürdig den Schein erweckt, dass nicht Politiker die Leitlinie vorgeben, sondern sie einen Wertekanon abarbeiten, der ihnen vorgegeben ist.

Oma Lilo: Eben, Freiheit und Verantwortung.

Der lange Lulatsch: Freiheit – in der Tat wohl der wichtigste Begriff zur Legitimation von Herrschaft. Kein modernes Regime kann darauf verzichten, sich als freiheitlich zu bezeichnen. Selbstverständlich unter bewusster Ausklammerung des Gedankens sozialer Freiheit. Dagegen schon Wilhelm Weitling vom »Bund der Geächteten« 1842: *„Die Freiheit Aller müßt ihr verlangen, die Freiheit Aller ohne Ausnahme! — Diese aber ist nur mittelst der Aufhebung des Eigenthums- und Erbrechts, mittelst der Abschaffung des Geldes und der Wiedereinführung der Gemeinschaft aller Erdengüter möglich. Der ganze übrige politische Trödelmarkt sind nur Nebensachen zu dieser Hauptsache.“*

Die Dicke: Das gehört mit Sicherheit nicht zum Freiheitsprogramm des Pastors aus Rostock.

Der Besserwisser: Er hält aber wahrscheinlich viel auf die doppelte Freiheit der Lohnarbeit.

Jonas: Wie kann man denn doppelt frei sein?

Der lange Lulatsch: Für den Kapitalismus ist es eine Voraussetzung, dass der Geldbesitzer den Arbeiter »frei« vorfindet in dem Doppelsinn, dass dieser als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andererseits »frei« ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen.

Oma Lilo: Und vom „Reich der Freiheit“ hat Gauck selbstverständlich auch eine andere Auffassung als Marx, für den das Reich der Freiheit erst da beginnt, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört. Die Freiheit besteht für ihn darin, dass die assoziierten Produzenten die Reproduktion unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, und das unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.

Die Dicke: „Befreiung“ ist für Gauck halt die aus dem „Gefängnis DDR“, in gewisser Weise war er ja Gefängnispfarrer.

Oma Lilo: Selbst die Süddeutsche befand, Gaucks religiös-existentialistischer Begriff von Freiheit reduziere sich auf eine unpolitische innere Selbstverantwortung. Und das ist dann wohl auch der Zusammenhang zu seinem anderen »großen Thema«, der »Verantwortung«.

Die Dicke: Hört mal dies vom Gauck: *„Wenn Freiheit jung ist, darf sie uns einfach nur Spaß machen. Wir dürfen auch mal explodieren. Es ist eine kurze Phase, es ist Befreiung. Aber nach der Befreiung kommt jene Freiheit der Erwachsenen und wir geben ihr den Namen Verantwortung.“*

Der lange Lulatsch: Der Stammtisch kann das weniger verquast; dort heißt es: „Wer in seiner Jugend kein Kommunist war, hat kein Herz, wer es im Alter noch immer ist, hat keinen Verstand.“

Der Besserwisser: Es ist in der Tat so banal, wenn auch anders. Eingelesen von der Friedrich-Ebert-Stiftung hielt er vor einem Jahr eine Rede zu »Freiheit, Verantwortung, Gemeinsinn«. Burschikos verteidigte er dort zur Freude des FES-Vorsitzenden Peter Struck dessen Ex-Chef Gerhard Schröder so: *„Er hat es nicht aus Daffke gemacht und nicht aus Verantwortungslosigkeit, sondern er hat es aus Verantwortung gemacht.“* Um was »es« geht, also Hartz IV, benennt er gar nicht – muss er auch nicht, alle im Saal wissen Bescheid, hat es doch einige von ihnen um ihre Regierungsjobs gebracht. Und es hat bei Gauck sowieso eine allgemeinere Gültigkeit: Wenn’s in der freiheitlichen Ordnung denen da unten an den Kragen geht, geschieht das immer aus Verantwortung. Und das Schöne an der Freiheit für die da unten ist dann ja, dass sie dagegen protestieren dürfen, solange es nichts ändert.

Der lange Lulatsch: Die Freiheit ist immer die Freiheit der Anleger.

Oma Lilo: Und was ist mit den Vorwürfen einer Relativierung des Holocaust durch die Stalinismus-Totalitarismus-Nummer.

Der Besserwisser: Da habe ich noch was gefunden in der FES-Broschüre mit Gaucks Rede. Wer Ausschwitz googelt, wird nichts finden; was es gibt ist „Ausschwitz“. Die Redakteure der Nazi-Zeitschrift »Junge Freiheit« würden sich kringeln: Aus-schwitz. Kein Wunder, dass sie diesmal die Rolle der BILD übernommen haben, indem sie titelten: *„Wir sind Präsident!“* Er sei ein „Glücksgriff“, dem zuzutrauen wäre, *„die Aussöhnung der Deutschen mit sich und ihrer Geschichte zu forcieren.“*

Die Dicke: Gottseisgebimmelt ist er im Luther-Jahr 2017 wohl wieder weg. Sonst würde uns der Pastor vielleicht noch schöne Weisheiten wie diese »auslegen«: *„Man darf dem Pöbel nicht zuviel pfeifen, er wird sonst gern toll. Es ist billiger, ihm zehn Ellen abzubrechen, als ihm in einem solchen Falle eine Handbreit, ja, die Breite eines Fingers einzuräumen.“* Der Teil mit dem Pfeifen, das ist ja wohl sein Job.

Oma Lilo und Jonas (singend): *Reißen wir die Mauern ein, die uns trennen. / Kommt zusammen, Leute. Lernt euch kennen. / Du bist nicht besser als der neben dir. / Keiner hat das Recht, Menschen zu regier'n.*





SVO Tarife

Der lokale Energieversorger SVO ändert zum Mai seine Tarifstruktur im Strombereich. Das günstigste SVO-Angebot ist künftig verbunden mit einer vertraglichen Bindung über 12 Monate. Dieser Tarif ist für einen durchschnittlichen Haushalt künftig so teuer wie der bisherige Standardtarif. Letzterer ist künftig zum selben Preis zu haben wie das Ökostromangebot der SVO ("Naturwatt"). Die Strategie der SVO zielt auf die wechselliebende Kundschaft: Sie soll zum einen für eine längerfristige Bindung der Haushaltskunden sorgen, zum anderen dafür, die Ökostrom-Kund_innen nicht zu verlieren. (Wir haben oft genug darauf hingewiesen, dass die SVO als Tochter zum Atomkonzern e.on gehört.)

Nix mit Klimaschutz

Ohne Zweckbindung will die Kreisverwaltung künftig rund 600.000 Euro an die Gemeinden verteilen, die bisher für Klimaschutzzwecke eingesetzt werden mussten. Hintergrund: Der Landkreis hat im Zuge der Umstrukturierung der kommunalen SVO-Anteile die so genannte Klimaschutzgesellschaft übernommen, aus deren Fonds die Gemeinden bisher direkt das Geld erhielten, aber eben gezielt für energetische Zwecke. Annegret Pflützner, Fraktionsvorsitzende der Kreistagsgrünen kritisierte gegenüber der CZ: „In den Gemeinden gibt es viele Gebäude, die energetisch saniert werden sollten. Deshalb sollten Mittel zweckgebunden sein.“ Die CDU-Kreistagsfraktion dagegen will die Gemeinden frei über die Mittel verfügen lassen.

Bald Schicht im Schacht?

Seit 2005 werden Laugen aus dem havarierten Atomülllager Asse II in das stillgelegte Bergwerk Mariagluck bei Hohne/Habighorst gepumpt - pro Jahr rund 4000 Kubikmeter. Nach Angaben des Düngemittelherstellers K+S, der Mariagluck betreibt, wird dies in weniger als zwei Jahren nicht mehr möglich sein. - Täglich dringen knapp 12.000 Liter salzhaltiges Grundwasser aus dem

Deckgebirge der Asse II in das Atomülllager ein. Ohne Gegenmaßnahmen droht die Asse abzusaufen.

Nun wird Mariagluck bis Ende 2013 gänzlich geflutet sein, wobei der größte Teil aus der Aschau "geliefert" wird, je nach Pegelstand zwischen 600.000 und 800.000 Kubikmeter pro Jahr. Derzeit ist Mariagluck die einzige Möglichkeit, die Laugen aus der Asse zu entsorgen. Obwohl die gesammelte Salzlauge nach Angaben des BfS mit weniger als zehn Becquerel Tritium pro Liter kaum radioaktiv belastet ist, ist eine "Entsorgung" etwa in Flüssen, Seen oder das Meer rechtlich nicht zulässig. Nach dpa-Informationen hofft das BfS allerdings, dass Mariagluck noch länger als Auffangbecken fungieren kann.

Städtepartnerschaft mit Batman

Weil man sich im Rathaus windet, wird jetzt mit einer Unterschriftenliste für eine Städtepartnerschaft Celles mit der Stadt Batman im Südosten der Türkei geworben.

Im Text heißt es u.a.: „Über die Hälfte der Celler MigrantInnen mit kurdischem Hintergrund kommt ursprünglich aus dem Gebiet um Batman, einer Stadt und Provinz im Südosten der Türkei. Wir halten eine Städtepartnerschaft zwischen Celle und Batman als ein wichtiges Zeichen der Akzeptanz einer Bevölkerungsgruppe, die in Celle ein neues oder/und zweites Zuhause gefunden hat. Gemeinsame Projekte zwischen Batman und Celle können viel für das Zusammenleben zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Celle leisten und ermöglichen uns allen auch, über Celle hinaus zu blicken und Horizonte durch einen interkulturellen Dialog zu erweitern.“

Zu den Erstunterzeichnern gehören u.a. Salih Yalti (Êzidisches Kultur-Zentrum), Hans-Georg Sundermann (Superintendent Celle), Andreas Flick (Ev.-ref. Kirchen Celle), Paul Stern (DGB-Vorsitzender Celle). Die Unterschriftenliste gibt's als pdf auf unserer website: www.revista-online.de

Zschäpe in Hetendorf

Nach Informationen der CZ hat die Zwickauer Nazi-Terroristin Beate Zschäpe im Juni 1997 an der 7. Hetendorfer Tagungswoche teilgenommen; sie sei damals bei der Anfahrt in Hetendorf kontrolliert worden. Das so genannte Heideheim in Hetendorf war seit den 1980er Jahren der wichtigste bundesdeutsche Neonazi-Treffpunkt; es wurde Anfang 1998 vom Nds. Innenministerium geschlossen.

Lohndrückerei im Altenheim Winsen

Die Kreisverwaltung hat es geschafft, die Beschäftigten des kreiseigenen Altenheims Winsen zu einem Gehaltsverzicht zu »nötigen«. In einigen Monaten soll die dringend anstehende Modernisierung des Heims erfolgen, wobei es vor allem um den Umbau der Doppel- in Einzelzimmer geht. Die Auslastung dürfte in der Umbauphase zurückgehen. Seit einiger Zeit drängt deshalb die Kreisverwaltung auf eine befristete Lohnkürzung. Mit der unausgesprochenen Drohung, die Renovierung nicht vorzunehmen – was mittelfristig eine Privatisierung wahrscheinlich gemacht hätte –, hat sich die Kreisverwaltung jetzt durchgesetzt. Sollte das Betriebsergebnis des Jahres 2013 negativ sein, verzichtet die Belegschaft auf maximal zwei Prozent des Jahresbruttogehalts. Konkret bedeutet das für die Mitarbeiter_innen Einbußen von 500 bis 900 Euro. Diese mit der Gewerkschaft ver.di getroffene Vereinbarung soll auch für die Jahre 2014 und 2015 gelten, wobei der Landkreis Celle als Betreiber für diesen Zeitraum auf „betriebsbedingte Kündigungen“ verzichtet.

Lachendorfs Gymnasium heißt ...

... ab Mai „Immanuel-Kant-Gymnasium“ – nach dem Groß-Philosophen, der in seinen „Vorlesungen über physische Geographie“ aus dem Jahr 1802 Weisheiten wie folgende verbreitete: „In den heißen Ländern reift der Mensch in allen Stücken früher, erreicht aber nicht

die Vollkommenheit der temperierten Zonen. Die Menschheit ist in ihrer grössten Vollkommenheit in der Race der Weissen. Die gelben Indianer [In-der] haben schon ein geringeres Talent. Die Neger sind weit tiefer, und am tiefsten steht ein Theil der Americanischen Völkerschaften.“ (Immanuel Kants Sämmtliche Werke, Bd. 5, Leipzig 1839, S. 616) – Ein Schülerwunsch, das Gymnasium nach dem 96-Profi Konstantin Rausch zu benennen, der aus Lachendorf kommt, hat da im Vergleich einigen Charme.

Nix mit Rats-TV

Gleich dem ersten Antrag der neuen Ratsfraktion Die Linke/BSG schien Erfolg beschieden zu sein. Sie will, dass künftig Ratssitzungen im Internet übertragen werden. Zwar zierte sich das eine oder andere Ratsmitglied, aber im »Ausschuss für Verwaltungsmodernisierung« gab's dann grünes Licht für eine einjährige Testphase. Doch ein Angebot von »Celle TV«, das die Übertragungen für 800 Euro im Jahr gemacht hätte, schlug man aus – aus Qualitätsgründen, wie es hieß (und ganz ohne Text). Jetzt ist es einer Mehrheit zu teuer und an Rats-TV zunächst einmal nicht mehr zu denken. – Verblüffen kann im übrigen, dass es einer Verwaltung mit über 1000 Mitarbeiter_innen nicht möglich ist, eine ja eigentlich technisch nicht so aufwändige Sache selbst zu machen.

Tiermastanlagen

Das Verbraucherministerium will einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem die Hürden für die Errichtung großer Tiermastanlagen höher werden sollen. Für neue Anlagen ab 3.000 Schweinen oder 85.000 Hennen soll künftig eigens ein Bebauungsplan erforderlich werden. Die so genannte Privilegierung für landwirtschaftliche Bauten außerhalb des Bebauungsbereichs eines Ortes soll für sie nicht mehr gelten. Bereits ab 1.500 Schweinen oder 15.000 Stück Geflügel sollen Behörden darüberhinaus über eine Voruntersuchung klären können, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist. - Ein Sprecher von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner sagte laut dpa zu den

Plänen: „Unser Ziel ist es, dass die Kommunen die Möglichkeit bekommen sollen, den Bau großer gewerblicher Tierhaltungsanlagen zu steuern und wo nötig zu begrenzen.“ Das Gesetz könnte bis Jahresende verabschiedet werden.

CeBus ausgedünnt

Der schon so nicht besonders attraktive ÖPNV in Celle steht vor weiteren gravierenden Einschnitten: Streichung von Haltestellen, Ausdünnung bei den Taktzeiten und Abkopplung einzelner Ortsteile der Stadt. Ziel der von CeBus angekündigten Änderungen ist es, Kosten im höheren sechsstelligen Bereich einzusparen. „Erdrutschartige Veränderungen zum Negativen“ sieht Bernd Skoda, Sprecher des so genannten Fahrgastbeirats.

Die Belegschaft fürchtet weitere Lohnkürzungen. Gegenüber der CZ erklärte der BR-Vorsitzende Jürgen Elendt: „Die Geschäftsführung will natürlich mit Blick auf die Neuausschreibung der Konzession 2015 Bedingungen schaffen, die ihr den erneuten Zuschlag sichern. Das bedeutet Kostensenkung.“ CeBus-Geschäftsführer Koschik bestreitet dies, räumt aber ein, „altersbedingte Abgänge“ zur Personalreduzierung nutzen zu wollen.

Die Bündnisgrünen haben gefordert, dass die Stadt für den Erhalt des Busangebots einstehen müsse – auch finanziell. Angesichts beträchtlicher Kosten reagierten CDU und SPD in ersten Stellungnahmen eher ablehnend. Für die CDU verwies Joachim Ehlers auf die Neuausschreibung im Jahr 2015, die abgewartet werden soll.

Kreuzweg

Am letzten Februarsonntag starteten die Kirchen einen ökumenischen "Kreuzweg der Schöpfung" am Geflügelschlachthof in Wietze. Der evangelische Landesbischof Ralf Meister rief dabei zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Tieren auf. Er forderte deshalb eine "Ethik der Selbstbegrenzung", wobei es jedoch keine eindeutige theologische Position gäbe, ab welcher Größenordnung die Nutztierhaltung die „Mitgeschöpflichkeit“ der Tiere missachte. Zu

Beginn des Kreuzwegs zogen die Christen in einer Prozession mit einem rund zwei Meter großen Holzkreuz von Europa größtem Geflügelschlachthof zur Kirche "St. Maria Hilfe". Weitere Stationen des Kreuzwegs waren die Atommüll-Lager Asse bei Wolfenbüttel und Schacht Konrad in Salzgitter sowie die Atoanlagen in Gorleben. „Diese Orte symbolisieren Grenzüberschreitungen unseres Konsums“, sagte Meister gegenüber dem epd: „Wir essen zu viel Fleisch, wir verbrauchen zu viel Energie. Wir haben es auf die Spitze getrieben: immer mehr, immer billiger und das alles, ohne genügend an die Folgen zu denken.“

NS-Dokuzentrum

Nachdem die Kostenschätzung für die Einrichtung eines Dokumentations- und Lernzentrums zur Lokalgeschichte des Nationalsozialismus vorlag, war klar: So schnell wird das nichts – wenn überhaupt. Die Bau- und Erstellungskosten wurden von der Verwaltung mit gut zwei Millionen Euro beziffert, die laufenden Kosten mit 200.000 Euro pro Jahr. Immerhin schmeißen Rat und Verwaltung nicht gleich das Handtuch: Die wissenschaftliche Arbeit soll weitergehen, die Verwaltung soll sich nach Drittmittelförderung umschaun und aus dem Rat kam die Idee, anstelle des Torhauses ein anderes Objekt zu suchen, das weniger Baukosten verursacht.

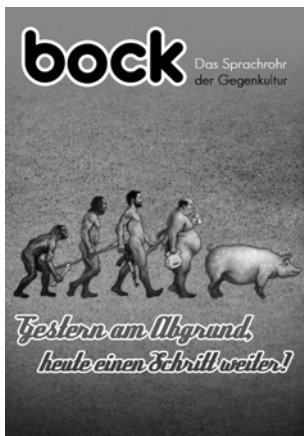
Teurer Welfenpudding

Bei der 2014 geplanten Landesausstellung „Als die Royals aus Hannover kamen“ zur Personalunion zwischen dem hannoverschen und dem englischen Königshaus soll das Residenzmuseum eingebunden werden. Das wird jetzt teurer als erwartet, es gibt eine Finanzierungslücke in Höhe von 261.000 Euro. Der Rat bewilligte »nur« 150.000 Euro als Obergrenze. Ob sich das Projekt aber damit realisieren lässt? Schade wäre es aus unserer Sicht nicht, denn: Über den britischen Imperialismus, der unter der letzten „Hannoverschen“ Queen Victoria einen Höhepunkt erreichte, würde mensch sowieso nichts erfahren.



Den Bock zum Gärtner machen

Den Bock zum Gärtner machen bedeutet, dass Leute sich mit etwas befassen, wofür sie absolut nicht geeignet sind. Dies ist beim »Bock« der Fall. Die Neonazi-Schülerzeitschrift »Bock« will auf Missstände aufmerksam machen und bietet „Vorschläge“, wie sich – gerade Jugendliche – dagegen zur Wehr setzen könnten. „In der neuen 16-seitigen Ausgabe wettern die Macher im Gestus des »Rebellen« – getreu dem Image der »Autonomen Nationalisten« – bemüht militant und ironisch gegen die »Bananenrepublik«, so die TAZ am 10. März 2011 zur dritten Ausgabe der im Großraum Hannover an Schulen verteilten Zeitschrift.



Der »Bock – Das Sprachrohr der Gegenkultur« ist im Januar 2012 zum vierten Mal erschienen. Es spricht speziell die Jugend an und gibt sich gewohnt rebellisch. Die Schreiber beschäftigten sich in den bisherigen Ausgaben ausführlich mit dem »Problem« einer multikulturellen Gesellschaft. Die Strategie, damit an Jugendliche zu gehen, ist leider nicht ungeschickt. In der Zeit der Adoleszenz stellen Jugendliche die bisher erfahrenen Werte oft auf den Prüfstand und probieren neue Wege aus. Rebellion gegen das »System« ist dann eine verlockende Möglichkeit – nur ist die Kritik am »System« von der extremen Rechten absolut nichts Fortschrittliches: Sie ist menschenverachtend, ausgrenzend, nationalistisch. Die »Bock«-Schreiber bezeichnen sich selber als Nationalisten und verweisen auf das Deutsche Rechtsbüro (DRB) und auf »Besseres Hannover«. „Das Deutsche Rechtsbüro ist eine Selbsthilfegruppe zur Wahrung der Rechte, insbesondere der Grundrechte, 'politisch unkorrekter' Deutscher“ - so stellt sich das DRB auf seiner Internetseite vor. Es bietet Listen mit Anwälten an, die Klienten aus der extremen Rechten wohlgesonnen gegenüberstehen. Auch führt das DRB juristische Schulungen durch, Aktivisten treten als Referenten auf Treffen und Seminaren der extremen Rechten auf.

»Besseres Hannover« ist eine Gruppierung von sogenannten »Freien Kräften« und pflegt enge Kontakte zu

den Kameradschaften im Raum Hildesheim, Celle, Schneverdingen und auch dem Weserbergland. Der ehemalige Hannoveraner NPD-Funktionär Marc-Oliver Matuszewski gilt als ihr Anführer. Gegen ihn wird als Drahtzieher von E-Mail und Link zum Video mit „rechtsmotiviertem Inhalt“ an die niedersächsischen Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) ermittelt, zeitgleich fand bei ihm eine Hausdurchsuchung statt. Anlass der Ermittlung ist, dass am 15. Dezember letzten Jahres der Sozialministerin ein Video der Neonazi-Gruppierung »Besseres Hannover« zugesandt wurde – mit einem braunen Bären und der Aufschrift »Der AbschieBär« als Eyecatcher. Hüpfend und tanzend stampft darin ein Neonazi im Bärenkostüm durch Hannover, hebt vor einem Dönerladen-Besitzer den Arm zum Hitlergruß oder winkt Flugzeugen in Richtung Istanbul symbolisch hinterher. Im Begleittext zum Video heißt es unter anderem: „Wir kündigen hiermit an, dass wir für die Durchsetzung unserer politischen Ziele und zur Bewahrung unserer Kultur im nächsten Jahr eine neue Waffe einsetzen werden.“

In der aktuellen Ausgabe des »Bock« beklagen sich die Neonazis, dass sie in der Schule „mindesten fünfmal bis zum Abitur“ mit dem deutschen Faschismus im Dritten Reich konfrontiert würden. Die »Bock«-Macher proklamieren eine neue Form des Nationalismus. „Für uns ist Hitler am 30. April 1945 gestorben. Also nervt uns nicht immer mit dem immergleichen Sermon.“ Und weiter: „Wir sind die deutsche Jugend, die Kommenden. ... die Neue Nation ist unser Ziel.“ (»Bock«, Nr. 4, S. 13).

Eine ganze Seite im aktuellen Heft ist Rudi Dutschke gewidmet, der dort als „Nationalrevolutionär“ betitelt wird. Eines der vorgestellten Dutschke-Zitate lautet „Ich halte das bestehende parlamentarische System für unbrauchbar. Das heißt, wir haben in unserem Parlament, keine Repräsentanten, die die Interessen unserer Bevölkerung – die wirklichen Interessen unserer Bevölkerung – ausdrücken.“

Wie gesagt, es geht im »Bock« um Systemkritik, aber die Systemkritik der 1966 gegründeten »Außerparlamentarischer Opposition« (APO), der Dutschke angehörte, richtete sich gegen Rechts. Ihrer Ansicht nach war das gesellschaftspolitische System der Bundesrepublik und seine Einrichtungen durchsetzt von ehemaligen Nazi-Funktionären. Die sollten durch Leute auf einem »langen Marsch durch die Institutionen« ersetzt werden, um eine grundsätzliche Reform und eine Veränderung des gesamten gesellschaftlichen Klimas zu bewirken. Dem »Establishment«, den Autoritäten in Schule, Universität oder Elternhaus wurde der Kampf angesagt. „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“ – die Studentenparole brachte es auf den Punkt: Endlich sollte die

braune Vergangenheit vieler Professoren an bundesdeutschen Universitäten aufgearbeitet werden. Nach über einem Jahrzehnt wurde die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit lautstark eingefordert.

Auch wenn die »Bock«-Macher behaupten, für sie wäre Hitler gestorben, so bewegen sie sich doch in einem Umfeld, das sich positiv auf den Nationalsozialismus bezieht. Z.B. sind die »Freien Kräfte Celle« und »Besseres Hannover« immer wieder aktiv, wenn es um die Umdeutung der deutschen Geschichte geht. So sind sie jedesmal in Bad Nenndorf und Dresden anzutreffen und machen auf ihren Internetseiten Werbung für diese Naziaufmärsche. Dutschke ging es nicht um Umdeutung der deutschen Geschichte, sondern um deren Aufarbeitung und darum, die Täter von damals zur Verantwortung zu ziehen.

Neben dem Annektieren von »Idolen« der Linken wird auch versucht, Themen der Linken zu den eigenen zu machen. Deutsch-Nationale sollen regional einkaufen und essen. Das wollen Andere auch, doch die Nazis sehen „Regionalismus als Gegenbewegung zur völkervernichtenden Globalisierung“, wobei sie den „EU-gebeutelten Bauern“ von nebenan im Auge haben und nicht die Länder, deren Agrarwirtschaft und deren Autonomie platt gemacht werden für den Reichtum der wesentlichen Industrienationen.

Zusätzlich gibt der »Bock« Tipps, wie sich Jugendliche im Alltag in Sinne der »Bock«-Macher verhalten können: Unauffällig gekleidet, also nicht sofort als Nazi erkennbar, sollen sie immer Aufkleber parat haben, die sie überall verkleben können, auf politischen Plakaten (selbstverständlich von Andersdenkenden) sowie in der Schule. Für den Erwerb von Aufklebern wird auf die Nazigruppierung »Besseres Hannover« hingewiesen.

Ein weiterer Vorschlag ist, „in der Zeitungsabteilung im Supermarkt Kiffermagazine, Schwulenzeitungen und allgemein linke Blätter so umzusortieren, dass man sie nicht mehr sieht und sie nicht mehr gekauft werden.“ Dafür soll man an Kiosken nach „nationalen Blättern“ fragen, damit sie dann wenigstens für einige Zeit im Programm sind. Da wird gleich neben der praktischen Handlungsanweisung wenig subtil rübergebracht, wer außer Linken noch zum Feindbild gehört.

Also: Augen auf bei scheinbarer »Systemkritik«. Geht den Nazis nicht auf den Leim!!

Wünschenswert wäre, wenn an den Schulen aufmerksam geschaut würde, was vor den Türen so verteilt wird, und wenn Schüler_innen und Lehrer_innen sich bereits im Vorfeld überlegten, was sie tun, wenn der »Bock« an ihrer Schule verteilt wird. Es könnten ja durchaus schon „braune“ Mülltonnen bereit stehen und Infozettel fertig sein, die dann an die Mitschüler_innen verteilt werden, damit sie wissen, was für ein Müll da in die Tonnen wandert.



Fotowettbewerb zum Thema Alltagsrassismus

ZOOM: Augen auf!

Das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, der Arbeitskreis Ausländer und das Diakonische Werk Celle haben einen Fotowettbewerb gestartet. Das Thema ist Alltagsrassismus. Zu gewinnen gibt es nichts, außer Anerkennung, denn die Bilder sollen in geeigneter Form in einer Ausstellung Ende des Jahres präsentiert werden.

Mit offenen Augen durch die Welt laufen und Diskriminierungen im Alltag wahrnehmen: rassistische, fremdenfeindliche Sprüche, die an Wänden prangen ebenso wie Aufkleber an Laternenpfählen. Aber

nicht nur Äußerungen, die wir eindeutig der extremen Rechten zuschreiben können, reproduzieren Ausgrenzung. Der „normale“ Alltag hat davon einiges zu bieten, häufig in Form von Sprache. Aber auch Bilder sprechen eine deutliche Sprache: Ob es Werbung ist oder der sogenannte „Zigeunerbesen“ am Campingplatz gegen „fahrendes Volk“, ob es offensichtliche rechte Codes im öffentlichen Raum sind oder ein Angebot, das mit „Schale, schwarzer Diener, Mohren, Kolonialstil Exklusiv“ beworben wird, ist – es gibt sicherlich einiges zu entdecken. Fotos – Einzelbilder oder Serien – die das Themengebiet Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus darstellen, können ab sofort bis zum 01.10.2012 eingereicht werden. Es können Situationen dokumentiert werden, es können Bilder zu dem Themenbereich künstlerisch gestaltet werden, etc. Die Fotos müssen aus Celle sein oder einen regionalen Bezug haben.

Zugelassen sind digitale Bilder als TIFF oder JPEG-Datei, sie müssen auf CD-ROM eingereicht werden. Für jedes Bild sollte ein Teilnahmeformular ausgefüllt werden, auf dem ihr das Bild kurz beschreiben könnt (Aufnahmedatum, Ort der Aufnahme, Kommentar zum Bild). Dieses Teilnahmeformular findet Ihr auf dem Flyer, den Ihr von der Seite

www.cellerforum.de/beitraege/24-zoom-augen-auf.html
herunterladen könnt.

Einsendeschluss ist der 01.10.2012.



Die Mitte in der Krise

Rechtsextrems Gedankengut ist in der deutschen Bevölkerung fest verankert, der Anteil ist hoch und er ist in Bewegung. Seit 2002 veröffentlicht die Friedrich-Ebert-Stiftung dazu alle zwei Jahre eine aufwendige Studie; die letzte erschien im Herbst 2010. Jedesmal wirbelt die Studie in der Medienlandschaft erheblichen Staub auf, der sich jedoch schnell wieder legt. Am 9. Mai 2010 wird einer ihrer Mitautoren, der Politikwissenschaftler Johannes Kies, in Celle referieren und diskutieren.

Wir können hier nur einige der wichtigsten statistischen Aussagen vorstellen. In der unten stehenden Tabelle gibt es einen Auszug aus dem Fragebogen zu rechtsextremen Einstellungen, der vom Meinungsforschungsinstitut USUMA (Berlin) flächendeckend und repräsentativ in Deutschland erhoben wurde. Die hohen Zustimmungswerte sind erschreckend. Bemerkenswert sind auch die hohen „teils/teils“-Antworten. Sie müssen im Sinne „sozialer Erwünschtheit“ interpretiert werden. Laut Autor_innen muss „ein kaum zu überschätzender Anteil dieser Antworten als verdeckte Zustimmung gewertet werden.“ So muss man/frau davon ausgehen, dass z.B. die Frage 16 („die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“) in-zwischen mehrheitsfähig ist.

Aber es gibt auch Hoffnung. Verblüffend hoch sind die kapitalismuskritischen Stimmen: So stieg von 2003 auf 2010 der Anteil der anti-kapitalistisch eingestellten Menschen von 30 % auf 42,6 %, der Anteil der Globalisierungskritischen von 78 % auf 83,6 %. Kapitalismuskritik ist allerdings keine Domäne der politischen Linken. Die Unterscheidung von bösen »Heuschrecken« und gutem »Rheinischen Kapitalismus« bzw. zwischen schlechtem »raffendem« Finanzkapital und gutem »schaffendem« Kapital hat schon mal den Faschisten in die Hände gespielt. Glücklicherweise gelingt es bisher keiner faschistischen oder rechtsextremen Partei dieses Potential an rechtsextremen Gedankengut hinter sich zu sammeln.

Rechtsextreme Auffassungen ziehen sich quer durch alle Schichten der Gesellschaft, so die Studie. Etwas weniger bei den Jüngeren (unter 30 Jahren), bei den Frauen, bei denen mit Abitur, bei den Atheist_innen, – Migrant_innen wurden in der Studie nicht gesondert erfasst. Von 2002 bis 2008 gingen die rechtsextremen Auffassungen tendenziell leicht zurück, seit 2008 mit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise nehmen sie wieder zu. Wie sich die elende Sarrazin-Debatte und die Hetze gegen die faulen Griechen ausgewirkt hat, wird eine der spannenden Fragen an die Studien in diesem Herbst sein. Die Autor_innen suchen selbstverständlich auch nach den tieferen Ursachen: den psychologischen, den politischen, den ökonomischen. Ein Beispiel: „Muss man den Hass gegen den Stärkeren verdrängen, so kann man doch die Grausamkeit gegen den Schwächeren genießen.“ Oder: „Die Aussicht, selbst einer Gewalt ausgesetzt zu sein – und sei es der symbolischen Gewalt durch staatliche Aktivierungsprogramme und die bürokratische Regulierung der persönlichen Bedürfnisse in den intimsten Lebensbereichen – setzte eine psychische Reaktion frei: allerdings nicht die Solidarisierung mit den Marginalisierten und Prekarisierten, sondern die Identifikation mit den Instanzen, die „zum Wohle aller gegen `Fremde` und `Sozialschmarotzer` diese Sanktionen verhängt haben.“

Einige politische Konsequenzen haben die Autor_innen auch gezogen: im Kern Bildung, mehr, besser und demokratischer, im Kindergarten, in der Schule und im Betrieb und ein Leben lang. Ferner mehr Mitbestimmung, Grundeinkommen für alle, zivilgesellschaftliche Projekte und letztlich „die Utopie einer Gesellschaft Freier und Gleicher“.

Die gesamte Studie findet sich unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

Veranstaltung: Mi, 09.05.2012 um 19:00 Uhr, Kreuzkirchengemeinde Windmühlenstr. 43a

Veranstalter: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und Diakonisches Werk.

A „lehne völlig ab“ // B „lehne überwiegend ab“ // C „stimme teils zu, teils nicht“ D „stimme überwiegend zu“ // E „stimme voll und ganz zu“ (in % gerundet)	A	B	C	D	E
03 Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	35	20	21	16	7
04 Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	52	19	16	9	4
06 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	17	17	31	21	14
07 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	34	24	25	12	5
08 Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	16	14	33	26	12
10 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	21	19	28	17	15
12 Was unser Land heute braucht, ist ein [...] energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	22	16	31	22	9
16 Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	21	16	28	22	14
17 Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	40	21	24	11	4
Quelle: Oliver Decker u.a., „Die Mitte der Krise“ F. Ebert Stiftung, Seite 73 f					



Aktionen zum Fukushima-Jahrestag

Alle AKW abschalten!

Schon die Aktionen gegen den Castor-Transport im November hatten gezeigt: Die Anti-AKW-Bewegung gibt sich mit dem halbherzigen Atomausstieg nicht zufrieden. Der Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Fukushima bot im März erneut eine Gelegenheit, die Öffentlichkeit für die Notwendigkeit des Sofortausstiegs zu gewinnen.

Unter dem Motto „*Fukushima mahnt: Atomanlagen jetzt abschalten!*“ demonstrierten rund 50.000 Menschen in sechs Regionen in Deutschland, wobei die größte Aktion die 75 Kilometer lange Lichterkette in der Region um die Atommülllager Asse und Schacht Konrad mit etwa 24.000 Teilnehmer_innen war.

Das Celler Forum gegen Atomenergie hatte mit zu der Demonstration in Hannover aufgerufen, zu der weit mehr als 5.000 Menschen kamen. Die Sprecherin der Celler Initiative, Tina Schröder, erklärte anschließend: „Die notwendigen Konsequenzen aus der Fukushima-Katastrophe sind noch nicht gezogen. Der viel zu langsame Atomausstieg in Deutschland muss deutlich beschleunigt und die Energiewende energisch vorangetrieben werden. Und gerade für uns in Niedersachsen ist klar: Gorleben und Konrad müssen als Endlager-Standorte aufgegeben und der Atommüll aus den Lagern Asse II und Morsleben heraus geholt werden.“

In Hannover stand selbstverständlich der Reaktor im nur 45 km entfernten Grohnde im Mittelpunkt. Das AKW Grohnde ist in Deutschland der Störfallspitzenreiter mit 226 sogenannten meldepflichtigen Ereignissen.

Genau wie acht weitere AKW produziert er an jedem Tag neuen Müll, und an jedem Tag kann dort wie an jedem anderen Standort ein schwerer Unfall passieren. Der Weiterbetrieb der noch am Netz befindlichen Reaktoren und Atomanlagen ist deshalb unverantwortlich.

Diese Auffassung vertraten mit dem hannoverschen Superintendenten Hans-Martin Heinemann und Andreas Gehrke, Geschäftsführer der DGB-Region Niedersachsen-Mitte, auch zwei Vertreter von Großorganisationen. Sie schlossen sich als Kundgebungsredner der Ausstiegsforderung an und setzten sich für einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien in der Fläche ein.

In einer Pressemitteilung kritisierte das Celler Forum gegen Atomenergie ebenfalls die allenfalls halbherzige Energiewende auf lokaler Ebene in Celle. Das Scheitern der angestrebten Rekommunalisierung der Energieversorgung sei dabei das deutlichste Zeichen. Anstatt jetzt aber mit einem Plan B die angestrebten Ziele zu verfolgen, sei in Rathaus und Politik das große Schweigen eingetreten. Die Anti-AKW-Initiative fordert den Stadtrat auf, den jetzt vorliegenden Klimaschutzplan aktiv anzugehen. Tina Schröder: „Wir wollen eine breite öffentliche Auseinandersetzung. Und dabei sollte z.B. die Umwandlung der Stadtwerke in eine Klimaschutzgesellschaft diskutiert werden. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass die zusätzlichen Einnahmen durch die SVO-Beteiligung nur Haushaltslöcher stopfen sollen, aber damit nicht das eigentliche Ziel, nämlich z.B. der kommunale Einstieg in regenerative Energieerzeugung oder eine nachhaltige Beratung zur Energieeinsparung verfolgt wird.“

Die Fotos zeigen eine »Wende-Aktion« mit Buchstabenpapern auf der Stechbahn am 11. Februar 2012.



Puten, Prozesse und Pedale



Hähnchen statt Puten

Schlachtvieh aus Beedenbostel

Nun scheint es für Rothkötter in Wietze voran zu gehen. Gab es bisher aus dem Celler Raum nur wenige Landwirte, die sich von dem Geflügelkonzern abhängig machen wollten, sind jetzt doch die ersten im Landkreis gemästeten Hähnchen in Wietze angeliefert worden – und zwar aus Beedenbostel.

Dort hat ein Landwirt bisher Puten für die Firma Heidmark gemästet. Diese will aber, so erzählte er dem Beedenbosteler Ortsrat, seine Puten nicht mehr abnehmen, da diese mit der Schwarzkopfkrankheit infiziert waren. Dies ist eine bakterielle Infektion, an der Puten kurz vor dem Erwachsenwerden sterben. Auch umfangreiche Maßnahmen zur Desinfektion der Ställe konnten anscheinend den Erregern nichts anhaben. So blieb die Wahl, die Ställe anderweitig zu nutzen. Eben mit Hähnchen für Rothkötter.

Die Bakterien befallen zwar auch Hühner, aber die werden nicht alt genug, um an der Krankheit zu sterben. Das erledigt Rothkötters Schlachthof vorher.

Warum sich diese Erreger so hartnäckig halten, wurde dem Gemeinderat nicht berichtet. Ob dies spezifisch für diese ist, oder ob sie, wie andere Keime auch erst so geworden sind, bleibt Spekulation. Nur eines sei hier schon vermerkt, bevor es die Celler Frischgeflügel GmbH erklären muss: Die Erreger sind für Menschen ungefährlich. Das Schwarze in den Köpfen der Celler Politiker_innen war schon vorher da.

Critical Mast Fahrradtour

Rund um den größten Schlachthof Europas in Wietze bei Celle (Niedersachsen) findet vom 5. bis zum 28. Mai 2012 die Critical Mast Fahrradtour statt. Dabei sollen Mastanlagen, Bauplätze und die Schlachtfabrik in Wietze angefahren werden, um dort für wenige Tage verschiedene Camps zu errichten. Die Camps sollen als „Direct Action“-Plattform dienen, d.h. eine Selbstorganisation von möglichst vielen Menschen in möglichst vielen Bereichen wie z.B. Essensbeschaffung, Küche, Aktionen ermöglichen. Wenn alles gut läuft, gibt es

Workshops, Vorträge, Diskussionen, Konzerte und hoffentlich werden auch viele Aktionen rund um die Critical-Mast-Fahrradtour stattfinden. Die Fahrradtour ist – so die bisherige Planung – ab Montag, 21. Mai im östlichen Landkreis, vom 26. - 28. Mai zum Abschluss dann in Wietze.

Aktuelle Infos unter: criticalmast.blogspot.de

Prozess gegen Platzbesetzerin

Am 17. April 2012 steht eine Aktivistin vor dem Amtsgericht Celle, weil sie als Beteiligte an der Platzbesetzung im Sommer 2010 bei der Räumung des Geländes durch die Polizei nicht freiwillig Platz gemacht habe.

Gegen einen Ordnungswidrigkeitenbescheid über den Betrag von 222, 63 Euro legte sie Einspruch ein. „Ich will keine Gesetze akzeptieren“, so die Aktivistin, „die einer kapitalistischen Wertelogik folgen, bei der Profit und Eigentum alles zählen und das Individuum, das Leben und die Bedürfnisse Einzelner nichts. Das wird hier ja ziemlich deutlich: Menschen, die gegen die Schlachtfabrik aktiv sind, sollen bestraft werden, während dieses mörderische Vorhaben ermöglicht wurde.“

Die Aktivistin fände ein buntes »Publikum« wunderbar, das den Prozess auch gerne mitgestalten könne.

<http://antiindustryfarm.blogspot.de>

17. April 2012, 11:30 Uhr, Amtsgericht, Saal 124

Neuer Bauantrag für Mastställe

Zwischen Eicklingen und Bockelskamp sollen zwei Mastställe für insgesamt 84.000 Tiere gebaut werden. Auf der Internetseite der BI Flotwedel findet sich eine MUSTER-EINWENDUNG, die bis zum 7. April 2012 beim Landkreis Celle eingegangen sein muss. Noch besser ist es, wenn eigene Bedenken gegen das Bauvorhaben formuliert werden. Anregungen dazu gibt es auch der Internetseite <http://www.bi-flotwedel.de/einwendungen.html>

Der Erörterungstermin findet statt am Mittwoch, den 23.05.2012 um 09.30 Uhr beim Landkreis Celle, Neuer Kreistagssaal, Trift 26, Gebäude 1, Eingang B.

Über Boye nach Wietze

Der Stadtrat musste sich im März damit befassen, dass die SVO im Ortsteil Boye eine Übergabestelle zum Wasserversorgungsnetz der Stadtwerke Celle erstellen sowie eine Leitung zum Zwecke der Fortleitung von Wasser errichten und betreiben will. Wozu? Das Wasser soll über Boye nach Wietze geleitet werden, um dort die Hähnchenschlachtenanlage zu bedienen. Im Rat äußerten die Fraktionen der SPD, Bündnisgrünen sowie Die Linke/BSG Bedenken; der mehrheitliche Rest sieht kein Problem.

Info-Kneipe Montags im Bunten Haus

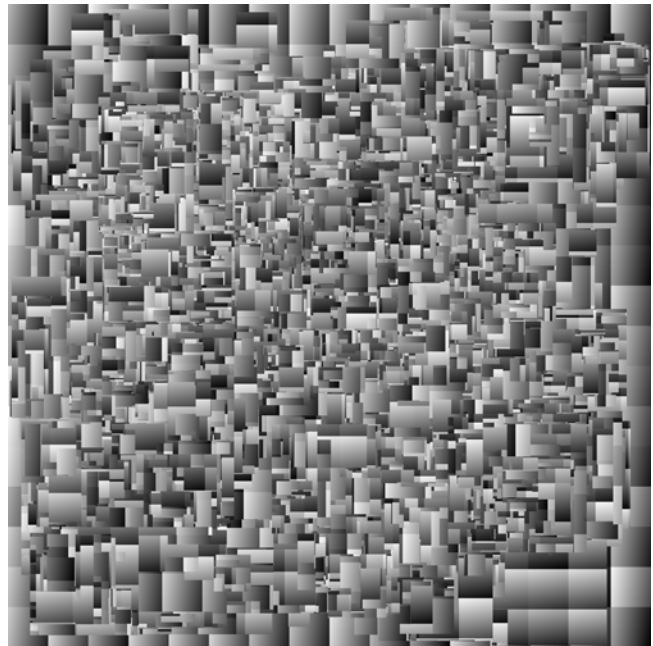
Nachdem die traditionelle Kneipe im Bunten Haus in den letzten Monaten ein wenig im Winterschlaf lag, wollen wir diese nun wieder mit neuem Leben füllen. Deshalb laden wir alle Interessierten ein, am Montagabend ab 19.30 Uhr den Wochenstart in unserer gemütlichen Kneipe ausklingen zu lassen.

Ein wöchentlicher Kneipenabend hat im Bunten Haus seit seiner Eröffnung Tradition. Von jeher steht dieser allen offen, die Lust haben, ein paar nette Stunden im gemütlichen Café des Hauses zu verbringen oder das Bunte Haus überhaupt einmal kennen zu lernen. Deshalb ist es unser Anliegen, am Bunten Haus interessierten Menschen, neben dem wöchentlichen Plenumstermin (Do. 19 Uhr) und den Partys, Konzerten und Vorträgen einen weiteren Anlaufpunkt für nettes Beisammensein und Austausch zu bieten.

Ab sofort wollen wir den Montagabend aber immer mal wieder auch zweifach nutzen und parallel zur Kneipenöffnungszeit ein buntes inhaltliches Programm anbieten. Kleine Vorträge, Lesungen, Szenen oder andere Präsentationsformen sollen uns anregen, die Themen miteinander zu diskutieren, die uns tagtäglich oder aktuell besonders bewegen. Passend zum 8. März hatten wir uns so zum Beispiel mit dem Frauenkampftag und im Anschluss daran der Frage nach einem zukunftsfähigen Feminismus beschäftigt; aber auch Atomkraft und seine Folgen waren schon unser Thema.

Womit wir uns als nächstes befassen, liegt auch in eurer Hand. Jede Woche zu Beginn der Kneipe setzen wir uns mit allen Anwesenden zusammen und überlegen, ob es Themen für die kommenden Montage gibt, sowie Menschen, die Lust haben, diese vorzubereiten. Dieses Vorbereitungstreffen ist ebenso offen für alle Interessierten wie die Kneipe selbst. Solltet ihr also ein Anliegen haben, das ihr im Rahmen einer Infokneipe diskutieren möchtet – ein tagespolitisches, geschichtliches, kulturelles, künstlerisches, ... seid ihr herzlich eingeladen, euch einmalig oder dauerhaft in die Organisation der Kneipe einzubringen.

Ob es in der kommenden Woche eine solche *Infokneipe* gibt oder das Bunte Haus seine Türen einfach für eine *Montagskneipe* öffnet, erfahrt ihr auf unserer Internetseite www.bunteshaus.de oder über unsere Newsletter, für den ihr euch ebenfalls auf unserer Homepage eintragen könnt. Für sonstige Anfragen oder Themenideen und -angebote schickt einfach eine Mail an info@bunteshaus.de.



Blick nach Links #6 256 x 256 x 256

Der Frühling steht ins Haus. Den Hinweis, diese gute Gelegenheit dazu zu nutzen, sich mal näher mit den drei Grundfarben Rot, Grün und Blau zu beschäftigen, fand sich einmal mehr in meinem Zettelkasten, dem für Links aus aller Welt.

Durch das Mischen dieser drei Grundfarben werden alle darstellbaren Farben erzeugt, eben auch auf Computermonitoren und diese drei werden wiederum in 256 verschiedenen Stärken eingesetzt, je nach Farbintensität bzw. -dichte.

Sind demzufolge 256 x 256 x 256 Möglichkeiten, also genau 16.777.216.

Die beiden Grenzwerte ergeben einmal einen schwarzen Bildpunkt (aus den RGB-Farbwerten 0, 0, 0) und einen weißen Bildpunkt (aus den RGB-Farbwerten 255, 255, 255).

Nun gibt es eine Seite unter der Internetadresse <http://allrgb.com>, auf der allerhand Kunstwerke zu betrachten sind, bei deren Zustandekommen zwei Regeln zu beachten waren, und auch nur diese: Zum einen muss das Bild quadratisch sein, zum anderen muss jede der 16.777.216 Farben vorkommen, und zwar nur ein einziges Mal. Mit anderen Worten, jedes Pixel hat eine andere Farbe.

Bisher sind um die 80 Kunstwerke von über 30 Künstlern in diese Galerie hochgeladen worden. Da finden sich abstrakte Konstruktionen, komplizierte Ornamente und Muster neben fotorealistischen Bildern.

Mein Lieblingsbild ist die Nr. 78, »Boogie«, von ACJ 2011; siehe oben (dass es im Druckmodus »Graustufen« leider einiges von seinem Reiz einbüßt, ist diesmal der »Spezial«-Witz der Ausgabe).

Nun kann man der Galerie seine eigenen Kunstwerke hinzufügen, lediglich eine Registrierung vor dem Hochladen ist notwendig. Da bin ich ja mal gespannt, wer sich da rantraut! (sollte dies der Fall sein, bitte eine kurze Nachricht an revista).

Zwei Tropfen Keynes pro Tag

Die Weltwirtschaftskrise bestimmt im Gewand der Schuldenkrise seit Monaten die europäische Politik. Und in etlichen Staaten führen auf Druck Deutschlands so genannte Strukturanpassungsmaßnahmen zu schweren sozialen Verwerfungen. Die Explosion der Lebensmittelpreise in vielen Teilen der Welt wird hierzulande kaum wahrgenommen. Hinzu kommt die ökologische Krise (z.B. Klimawandel), vor der sich die Staatenlenker auf ihren Klimagipfeln alljährlich blamieren – oder auch nicht: Denn kapitalistische Wachstumspolitik hat – ums Verrecken - allemal Priorität.

Im Februar gab es zwei Veranstaltungen in Celle, die sich dem Thema widmeten. Bei den »Hustedter Gesprächen« referierte Klaus Busch, emeritierter Professor der Uni Oldenburg und europapolitischer Berater des ver.di-Bundesvorstands. Und auf Einladung des Rosa Luxemburg Clubs war Herbert Schui, emeritierter Professor der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik in Celle. Wer mehr erwartet hatte als Rezepte aus dem keynesianischen Kochstudio, wurde enttäuscht.



Klaus Busch nannte als entscheidende Ursachen der »Eurokrise« die Defizite des Maastrichter Vertrages und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Staatsschulden. Einerseits sei der währungspolitischen Integration keine wirtschafts- und sozialpolitische Integration gefolgt. Andererseits wären es vor allem die staatlichen Rettungseingriffe zugunsten der Banken gewesen, die die Schuldenquoten explodieren ließen. Beispielhaft sei dies nachzuvollziehen an den »Problemstaaten« Spanien und Irland, die vor der Weltwirtschaftskrise unterdurchschnittliche Schuldenquoten gehabt hätten.

Krisenverschärfend habe sich die Philosophie des Sparprimats ausgewirkt. Diese falsche »Therapie des har-

ten Sparens« habe Europa zu Beginn des Jahres 2012 eine Rezession beschert, die die Schuldenkrise weiter vertiefen werde.

Als weiteren »Kardinalfehler der Politik« nannte Busch den im Juli 2011 beschlossenen Schuldenschnitt für Griechenland, der die Finanzmärkte außer Rand und Band gebracht hätte. Die Verweigerung einer massiven Intervention der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie die fehlerhafte Konstruktion der »Rettungsschirme« EFSF und ESM verhindern aus seiner Sicht eine Lösung der Krise.

Der von Deutschland »verordneten« Sparpolitik mit »Schuldenbremse« erteilte Busch eine klare Absage. Dies verschärfe die krisenbedingten Auswirkungen und führe zu noch härteren Angriffen auf den »Wohlfahrtsstaat«. Strukturell forderte er Eurobonds, eine Überwindung des Systems der Wettbewerbsstaaten, eine Reform der Finanzmärkte sowie eine supranationale Europäische Wirtschaftsregierung.

Kern seiner Krisenlösungsstrategie ist aber Wachstum, denn nur so gelinge Schuldenabbau. Er forderte deshalb einen europäischen »New Deal« für Wachstum und Überwindung des Entwicklungsgefälles in der EU, eine Stärkung der Binnennachfrage in Überschussländern wie Deutschland durch expansive Lohnpolitik und ein öffentliches Investitionsprogramm.

Die Gewerkschaften müssten ihre nationalen Abwehrkämpfe stärker im europäischen Raum koordinieren, ihre Alternativlösungen stärker in der Öffentlichkeit sichtbar machen und auch die Zusammenarbeit mit der »Occupy Wallstreet-Bewegung« suchen.

Herbert Schui widmete sich zunächst eher grundsätzlich der Frage der Staatsverschuldung, wobei er einen anderen Schwerpunkt setzte. Die Hauptursache liegt seiner Auffassung nach in einer verfehlten Steuerpolitik: »Seit Jahren wird in weiten Teilen Europas auf eine adäquate Besteuerung der Gewinne privater Unternehmen und Haushalte verzichtet. Die fehlenden Staatseinnahmen wurden dann mit Kürzungen im Sozialstaatssektor ausgeglichen.« Wenn Staatsausgaben gekürzt würden, verringere sich das Wachstum des Bruttosozialproduktes, denn die Reichen würden das ihnen zugeschusterte Mehr eben nicht vollständig investieren oder ausgeben. »Steigt das Nettoeinkommen der Haushalte mit hohem Einkommen, dann steigt in erster Linie ihr Sparguthaben.« Einen anderen Aspekt fügte Schui hinzu: Der Lohnanteil am Volkseinkommen sinkt seit Jahren, was die Konsumausgaben drosselt und so unterm Strich auch zu geringeren Steuereinnahmen führt.

Die Sparauflagen für die europäischen Krisenländer zielen seiner Auffassung nach darauf, die Einkommen zu senken und das Arbeitsrecht zu lockern. Die deutsche Regierung sei dabei der energischste Wortführer dieser Politik. Schui verwies auf einen sehr grundsätzlichen Aufsatz von Angela Merkel in der Financial Times Deutschland aus dem Jahr 2005 (»Das Prinzip der individuellen Freiheit«). Hierin vertritt sie bezugnehmend auf den neoliberalen Vorkämpfer Hayek, dass die „historische Mission“ des Neoliberalismus mit dem „Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen“ nur zu einem Teil erfüllt sei und es jetzt darum gehe den „ungezügelter Ausbau des Wohlfahrtsstaates“ anzugehen. Denn dieser sei verantwortlich für die Probleme hoher Staatsverschuldungen und einer Lähmung der wirtschaftlichen Antriebskräfte. An diese Arbeit machte sich in Deutschland bekanntlich vor ihr die Schröder-Fischer-Regierung. Ihren Job in dieser Hinsicht sehe Merkel bzw. die deutsche Regierung jetzt in Europa.

Mit Blick auf die Entwicklung in den USA, aber auch in Deutschland widerlegte Schui, dass es einen Zusammenhang zwischen „Wohlfahrtsstaat“ und Staatsverschuldung gibt, sondern es schlicht um die Verteilung des Volkseinkommens gehe.



Dem angestrebten »Fortschritt« in Form niedriger Löhne und deregulierter Arbeitsmärkte stehen in einigen europäischen Ländern aber Bevölkerungsmehrheiten entgegen, die andere Lösung für möglich halten. Die Regierungen der Krisenländer wären dagegen in der Regel mit den Auflagen der Geldgeber zufrieden. Anfang Februar habe sich Spaniens Wirtschaftsminister Luis de Guindos gegenüber dem EU-Währungskommissar Olli Rehn gebrüstet mit seinen „extrem aggressiven“ und „extrem umwälzenden“ Arbeitsmarktreformen. Rehns Reaktion: „Das wäre vorzüglich. Sehr gut.“ Nach Schuis Auffassung ist es deshalb falsch zu behaupten, die deutsche Regierung erpresse die Krisenländer. Die Frontlinie verlaufe zwischen den gesellschaftlichen Interessen: Hier



Herbert Schui (rechts) und Volker Petran (links)

das Interesse der abhängig Beschäftigten und Altersrentner, dort das Interesse des Kapitals.

Gleichzeitig aber gehe es Deutschland um die Vorherrschaft in der EU, wobei sein Kurs in der (Geld-)Politik auf dem besten Weg sei, das europäische Projekt zu ruinieren. Schui sprach sich dafür aus, alles daran zu setzen, den Euro zu retten. So müsse die EZB Staatspleiten durch den großzügigen Kauf von Staatsanleihen verhindern; Eurobonds sollten ausgegeben werden.

Eine Trendwende in der Wirtschaftspolitik – nämlich eine Verteilungspolitik von oben nach unten – sei gegenwärtig weder von der deutschen, noch von anderen europäischen Regierungen zu erwarten. Sollte in Frankreich aber der sozialistische Kandidat François Hollande gewählt werden, der im Wahlkampf für eine Steuerpolitik gegen die Reichen eintritt, könnte dies die deutsche Strategie in ihrer Rigorosität hier und dort begrenzen.

Fraglos wollen beide Referenten eine Verbesserung der »Lage der arbeitenden Klassen« in Europa. Ihr Anliegen ist es aber nicht, die unterschiedlichen kapitalistischen Krisenphänomene in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zusammen zu denken. Ihre Hilfskonstruktion liegt in der Rede vom »qualitativen Wachstum«, worunter sie Ressourcenschonung über Effizienz und Regenerative wie auch den Ausbau des Dienstleistungssektors verstehen. Aber ist das mehr als ein Denken in den Kategorien von gestern? Taugt es zu mehr als einer Verlängerung der offensichtlich gescheiterten kapitalistischen Akkumulationsmaschinerie? Nun lässt sich auf der anderen Seite auch nicht behaupten, dass die deutsche Bewegungslinke dem Keynesianismus allzuviel entgegenzusetzen hätte. Leider.

Klaus Busch: Scheitert der Euro? Strukturprobleme und Politikversagen bringen Europa an den Abgrund (Februar 2012); <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08871.pdf>

Herbert Schui: Methode Merkozy: Wie Europa zu Tode gespart wird (Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2012, S. 66-74); <http://www.herbert-schui.de/>

Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?

Der Ruf der Kanzlerin nach einem »Bürgerdialog« brachte in Celle ein wunderliches Echo hervor. Beim von der Volkshochschule veranstalteten Wünsch-Dir-Was stand am Ende ganz oben: „Weg von der Wachstumslogik!“ Nun hat sich unsere kleine Stadt nicht unbemerkt in eine subversive Öko-Kommune gewandelt; es war wohl eher der geringen Zahl von Aktiv-Bürgern, darunter zwei Redakteur_innen unseres Kampfblattes für »ein besseres Leben«, geschuldet. Trotzdem: Das Heer der Bio-Krieger scheint sich zu formieren. Und um dem Vorschub zu leisten, sollen an dieser Stelle zwei aktuelle Veröffentlichungen zum Thema »Nachhaltigkeit« vorgestellt werden.

Harald Welzer und Klaus Wiegandt haben im Fischer Taschenbuchverlag eine Aufsatzsammlung unter dem Titel »Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?« herausgegeben. In der Einleitung machen sie deutlich, worum es geht:

„Um die Zivilgesellschaften wachzurütteln, müssen wir den Spagat wagen und einerseits den Menschen ein realistisches Bild vom schier unersättlichen Ressourcen- und Energieverbrauch und den damit verbundenen Überlastungen der Ökosysteme der Erde sowie den uns verbleibenden Handlungsoptionen zeichnen. Andererseits müssen wir gleichzeitig die gute Botschaft vermitteln, dass eine nachhaltigere Welt von morgen mehr und neue Lebensqualität bringen kann.“

Herausgekommen ist ein Buch mit vielen konkreten Utopien, das Lust macht auf das (ganz) Andere. Unterschiedlichste Szenarien – von Arbeitswelt, Energie und über Ernährung bis hin zur Wirtschaft – werden von sachkundigen Autor_innen abgedeckt.

Werfen wir einen kurzen Blick auf das Szenario »Stadt«: Für die reichen Metropolen dieser Welt scheint die Urbanisierungsstrategie der Zukunft die Grünraumplanung zu sein. Berlin etwa will eine innerstädtische urbane Landwirtschaft entwickeln sowie einen neuen Typ urbaner Natur etablieren, in der sich Erlebnisraum, Wildniswünsche und Biodiversität miteinander verbinden. Auch die Rückeroberung der Straße scheint ein Zukunftstrend zu sein. London will die fußgängerfreundlichste Stadt Europas werden, was eine radikale Reduzierung des motorisierten Verkehrs voraussetzt. Paris bastelt an einem ambitionierten Konzept für den Fahrradverkehr, ganze Straßen und Stadtteile sollen sich in Räume für den »sanften Verkehr« wandeln. Und dass es in der us-amerikanischen Öko-Musterstadt Portland eine kostenlose Nutzung des ÖPNV gibt, sei nur nebenbei erwähnt. Manches davon sind zwar »Blasen des Marketing«, aber dennoch wird so eine Richtung aus der Sackgasse vorgegeben: Umkehr.

Es ist ein durchgängig spannendes Buch, auch wenn sich die meisten Autor_innen den Fragen politischer Macht und ökonomischer Interessen nicht stellen, sondern auf individuelle und zivilgesellschaftliche Potenziale setzen – wie auch Amitai Etzioni am Ende seines Beitrags zur »Charakterisierung eines guten Lebens«:

„Alles, was nötig ist, ist dass mehr und mehr Menschen den ökonomischen Niedergang in eine Befreiung umwandeln, eine Befreiung von der Obsession durch Konsumgüter und die übermäßige Arbeit, die sie erfordern - und, Schritt für Schritt, lernen, neu abzustimmen, was ein gutes Leben ausmacht.“

Grundlagen, Indikatoren und Strategien einer »Ökonomie der Nachhaltigkeit« sind Thema eines von Thomas Sauer im Metropolis-Verlag herausgegebenen Sammelbandes. Der auch im wissenschaftlichen Beirat von attac vertretene Jenaer Volkswirtschaftler hat die Beiträge einer Fachtagung vom Mai 2011 in drei große Abschnitte gegliedert: Da geht es (a) um die »Wohlstandsmessung« und »Glücksforschung«, (b) um Grundlagen einer nachhaltigen Ökonomie sowie (c) um den »Green New Deal«.

Empfehlenswert sind vor allem die Aufsätze im Grundlage-Kapitel. Holger Rogall kritisiert hier fundiert die neoklassische (Umwelt-)Ökonomie und entwickelt die Kernaussagen des »Netzwerks Nachhaltige Ökonomie«, das sich zu Prinzipien »starker Nachhaltigkeit«, d.h. zur dauerhaften Erhaltung der natürlichen Ressourcen bekennt. Dabei werden auch eigentumsrechtliche Veränderungen (z.B. Umwandlung von Kapitalgesellschaften in Genossenschaften) gefordert. Ergänzt wird dieser grundlegende Beitrag durch Aufsätze von Thomas Sauer zur Bedeutung von »commons« (Elinor Ostrom) und Niko Paech mit einer dezidierten Kritik an »grünem Wachstum«. Die Strategie des »Green New Deal« (GND) findet dagegen in den letzten drei Beiträgen Befürworter, die im Kern auf eine innovative Industriepolitik setzen. Auch wenn die bündnisgrüne Partei sich aktuell eher davor hütet, mit einem kostenträchtigen Industrieumbauprogramm auf Stimmenfang zu gehen, dürfte der GND als »Übergangsstrategie« in den Diskussion um Klimawandel und Ressourcenübernutzung weiter eine Rolle spielen.

Harald Welzer und Klaus Wiegandt (Hg.): "Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt von morgen aus?" Frankfurt am Main (Fischer) 2011, 352 S., 12,99 Euro

Thomas Sauer (Hg.): Ökonomie der Nachhaltigkeit : Grundlagen, Indikatoren, Strategien. Marburg (Metropolis) 2012. 282 S., 29,80 Euro

Morales' Präsidentschaft ist ein Wunder

Vor einiger Zeit hat Julius H. Krizsan eine Materialsammlung „Fluchtziel Bolivien 1933-1945“ herausgegeben, die sich mit der Emigration in das lateinamerikanische Land beschäftigt. Der in Winsen/Aller lebende Krizsan hat in Celle die GRÜNEN mit gegründet und war für die Partei zwischen 1983 und 1985 im Bundestag; danach hat er bis zur letzten Wahl als Kreistags- und Gemeinderatsmitglied Kommunalpolitik gemacht; lange Jahre war er als pädagogischer Leiter in der Gedenkstätte Bergen-Belsen tätig. Wir haben Julius H. Krizsan einige Fragen zu seiner besonderen Beziehung zu Bolivien gestellt.

?: Julius, du hast dich in den letzten Jahren mit der Emigration aus Nazi-Deutschland nach Bolivien beschäftigt und dazu eine umfangreiche Materialsammlung veröffentlicht. Wie bist du auf dieses spezielle Thema gekommen und was sind die wesentlichen Ergebnisse?



!: Als Lehrer an der Deutschen Schule in Sucre wurde ich hin und wieder zu Skatrunden mit dort lebenden Deutschen eingeladen. So lernte ich die Herren Schütt, ein aus Deutschland geflüchteter Jude, und von Landwüst, ein überzeugter ehemaliger

Nazi kennen. Und Emil Hochmann, Professor an der Lehrerbildungsanstalt, schenkte mir bolivianische Briefmarken, was meine bis heute dauernde Begeisterung für die Philatelie begründete.

In meiner Arbeit habe ich bis heute 643 Personen von etwa 10 000 ausfindig gemacht, die sich nach Bolivien retten konnten: Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden. In dieses Land deshalb, weil sich bolivianische Konsuln in Europa illegal viel Geld mit dem Verkauf von Visa verdienen: Korruption rettete also Menschenleben! Bolivien war für die meisten Emigranten so unbekannt wie der Mond und der Anfang extrem hart. So schreibt der Sozialdemokrat Alfred Käseberg 1938: „Der Anfang war sehr sehr schwer. Mein ganzes Werkzeug war nur eine Säge, ein Beil, eine Zange und ein Hammer. Dazu borgte ich mir einen Hobel und dann ging der Kram los. Erst habe ich in dem Zimmer gearbeitet, in dem wir gegessen, geschlafen, gewohnt haben.“

So entstand in dem bitterarmen Land eine Mittelschicht, die Handelshäuser, Brauereien, Handwerksbetriebe schuf und Theater, Klubs, Gemeinden und eine eigene Zeitung, die »Rundschau vom Illimani« ins Leben rief. Was mich dabei sehr ärgert, ist, dass trotz der

extremen Situation - die bolivianische Emigration war eine »arme Emigration« - die alten Konflikte weiter geführt wurden: So bekämpften sich Sozialdemokraten und Kommunisten bis zur Denunziation bei der bolivianischen Regierung. Viele geflüchtete Akademiker mussten sich in ganz neuen Berufen durchsetzen, weil ihre Ausbildungen nicht anerkannt wurden.

?: Zwischen 1965 und 1969 warst du als Lehrer in der Hauptstadt Sucre tätig. Wie und mit welchen Erwartungen bist du dahin gekommen und welche Erfahrungen hast du damals in dem Land gemacht und mitgenommen. Es war ja die Zeit, als der Che vergeblich versuchte, dort eine Revolution vom Zaun zu brechen?

!: Ich kam nach Sucre, weil Lehrer_innen gesucht wurden, die aus der Pfadfinderbewegung kamen: Hier ging es nicht nur um Unterricht sondern auch um Bildungshilfe. So habe ich neben der Schule intensiv im Entwicklungsprojekt Cachimayo mitgearbeitet. Mit Geldern deutscher Pfadfinder wurde aus einer Finca ein Bildungszentrum für Jugendliche und Bauern gemacht und ein Zentrum für die Umgebung mit Sanitätsstation, Schule und Laden gegründet.

Auch der Unterricht wurde neu gestaltet: In drei Werkstätten für Holz, Metall und Elektrotechnik sollten Kinder und Jugendliche an handwerkliches Arbeiten gewöhnt und in ihrer Berufswahl beeinflusst werden: Wurde doch manchen Schüler_innen die Tasche von sirvientas zur Schule getragen. Zudem haben wir versucht, die Lehrerbildung den Gegebenheiten anzupassen.

Die gesellschaftliche und politische Situation zu dieser Zeit war eine reine Klassengesellschaft: Einer dünnen Oberschicht aus Weißen und Mestizen stand die große Zahl der Indigenen gegenüber, die aus Wirtschaft und Politik ausgeschlossen waren. Im Colegio Aleman haben wir durch eine große Zahl von Stipendien versucht, dem



etwas entgegen zu wirken.

Vom Versuch der Revolution des Che Guevara habe ich damals nicht viel mitbekommen. Bekannt wurde nur, dass er mit seiner Truppe durch ein Maisfeld zog und damit einen Teil der Ernte eines armen Bauern beschädigte – der ihn dann auch verriet. Ich bewundere Che, weil er für seine Ideale bis zum Tod kämpfte, auch wenn er dabei die Gegebenheiten Boliviens außer Acht ließ.



?: Bolivien hat dich ja seit den 1960er Jahren nicht mehr losgelassen. Wie siehst du die Veränderungen seit der Jahrtausendwende. Ich finde ja manches, wofür die GRÜNEN in den 1980er Jahren in Deutschland gestritten haben: Primat der Ökologie, Basisdemokratie, Friedenspolitik, dort in einer Konsequenz diskutiert und umgesetzt, die nur erstaunen kann.

Dass mit Evo Morales nach 200 Jahren Herrschaft der Oberschicht 2006 zum ersten Mal ein Indigener mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten Boliviens gewählt wurde, ist für mich ein Wunder. Zusammen mit dem Vizepräsidenten Alvaro Garcia Linera, einem ehemaligen Guerillero und Soziologen, hat er eine Politik begonnen, die z.B. die Öl- und Gasmultis durch neue Verträge zu sehr viel höheren Abgaben an den Staat zwingt und damit Programme ermöglicht, die die bittere Armut erheblich verringert hat, so z.B. ein Rentenprogramm, Unterstützung von schwangeren Frauen und Schulkindern. Natürlich wehrt sich die Oligarchie des Tieflandes mit allen Mitteln gegen diese Politik, mit Verunglimpfungen wie etwa: »Die Taliban der Anden«, »Mörder« und »Blöder Indio« sowie Anschlägen auf das



Leben von Evo Morales.

Evo Morales und seine Truppe regiert sehr nah an den sozialen Bewegungen und seinem Volk. Eine neue Verfassung wurde unter großer Beteiligung verabschiedet, die vielen indigenen Sprachen anerkannt und teilweise in den Schulunterricht aufgenommen und die Kommunen finanziell und politisch gestärkt.

Für die Zukunft hoffe ich, dass der große Reichtum an Lithium unter dem Salar de Uyuni von Bolivianern gewonnen und im Land zu Batterien u.ä. verarbeitet werden kann, ohne dass sich wieder Multis einmischen und die Kontrolle an sich reißen, wie das in der Vergangenheit immer wieder geschah. Und zweitens hoffe ich, dass sich die Politik des Ministers „für wirtschaftliche Zusammenarbeit“, Dirk Niebel von der FDP, der Bolivien als reinen Rohstofflieferanten sieht, nie wieder durchsetzt.

?: Was meinst du, lässt sich aus den Ansätzen für einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in Bolivien, Venezuela, Ecuador in Deutschland und Westeuropa lernen?

!: Von Bolivien viel – über die anderen Länder weiß ich nicht so genau Bescheid –, vor allem im Bereich der Kontrolle der Multis, der Basisdemokratie und der Bewahrung der Pachamama, der Mutter Natur.

»Fluchtziel Bolivien 1933 - 1945. Eine Materialsammlung« ist veröffentlicht im Grin-Verlag. Als Print kostet es 24,99 Euro, als pdf nur 0,99 Euro zum download unter: <http://www.grin.com/de/e-book/129862/fluchtziel-bolivien-1933-1945>

Eine wesentlich erweiterte Fassung der Arbeit gibt es exklusiv für Leser_innen dieses Interviews kostenlos über krizsan-winsen@t-online.de.

Neue Bücher zu Bolivien Vom Rand ins Zentrum

Klimagipfel in Cancún: Bolivien ist das einzige Land, das sich dem fragwürdigen »Kompromiss« der Industriestaaten verweigert. Sein Präsident Evo Morales verkündet, dass die »Rechte der Mutter Erde« zum wichtigsten Thema des 21. Jahrhunderts werden müssen. Und er spricht aus, was niemand hören will: Die Ursache der globalen Klimaerwärmung ist der Kapitalismus. Im eigenen Land beschloss das Parlament kurz vor Cancún ein Umweltschutzgesetz, das die »Pachamama« (in der Sprache der Aymara: Mutter Erde) als eigenständiges Rechtssubjekt anerkennt. Für Boliviens Vizepräsident Álvaro García Linera ein „Ereignis, das Epoche machen wird“. Zum ersten Mal werde „das Verhältnis zwischen Mensch und Natur auf die Grundlage von Ursprünglichkeit, Gegenseitigkeit und Dialog“ gestellt. Mit Morales ist er sich einig: „Die Natur kann ohne den Menschen leben, der Mensch aber kann nichts machen ohne die Natur.“

Wie kommt eine Regierung eines Landes mit nur 10 Millionen Menschen dazu, mit einem solchen Selbstbewusstsein die internationale Staatenwelt zu brüskieren und eine radikale

Kehtwende einzufordern? Seit der Wahl von Morales zum Präsidenten im Jahr 2005 ist Bolivien das wohl interessanteste Laboratorium für einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«. Die Energieressourcen des Landes wurden nationalisiert, eine Landreform sowie eine Gesundheits-, Sozial- und Bildungspolitik in Angriff genommen, die sich an den Interessen der Armen orientiert. Die mit 61 Prozent der Stimmen im Jahr 2009 angenommene neue Verfassung proklamiert eine »Entkolonialisierung« der Gesellschaft und eine Abkehr vom Neoliberalismus.

»Vom Rand ins Zentrum« ist der Titel einer jetzt auf Deutsch erschienenen Aufsatzsammlung von Boliviens Vizepräsident Álvaro García Linera, in der »Die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Bolivien« – so der Untertitel – analysiert wird. Stammt Morales aus einer armen Familie von Coca-Bauern, kommt García Linera aus einer Mittelschichtfamilie aus Cochabamba, studierte Mathematik, verbrachte wegen Unterstützung einer Guerilla fünf Jahre im Knast, wo er sich intensiv mit Gesellschaftstheorie befasste. Er gilt heute als einer der herausragenden Intellektuellen Boliviens und Protagonist einer neuen internationalen Linken.

García Linera kritisiert am alten (europäischen) Arbeiterbewegungsmarxismus dessen Missachtung bäuerlicher Lebenswelten und deren sozialer Mobilisierungskraft. Die Arbeiterbewegung artikuliert sich um den Betrieb als Zentrum der Arbeit, die indigene Bauernbewegung (in Bolivien die absolute Mehrheit der Bevölkerung) »um das Land und die lokalen, verwandtschaftlichen sozialen Netzwerke, die [...] durch die Art der Landnutzung, der Wassernutzung und das System der lokalen Selbstverwaltung definiert sind.« Unter Bezugnahme auf aktuelle Theoriebildungen untersucht der Autor vor diesem Hintergrund die sozialen Bewegungen in ihren Formen (Gewerkschaft (Arbeiter_innen), Multitude (territoriale Vereinigungsformen) und Gemeinschaft (campesinos). Er beschreibt, dass und wie über das Verfassungskonzept des »plurinationalen Staates« die Ausgrenzung der indigenen Nationen Boliviens an ein Ende geführt werden soll. Mit der Transformation der staatlichen Strukturen und den damit einhergehenden Machtkämpfen beschäftigen sich zwei weitere Aufsätze, die auch die Ziele der Regierungsarbeit reflektieren.

Absolut spannend ist ein Kapitel über das »wenig harmonische Zusammentreffen« von »Indianismus und Marxismus«. García Linera macht dabei deutlich, dass sich darin – für Bolivien – ein postkapitalistischer Horizont abzuzeichnen beginne: »Denn innerhalb der indigenen Nationen [...] nistet so etwas wie ein Kern von Kommunismus. [...] Hier in den indigenen Gemeinschaften gibt es ein Stück einer solchen »Republik des Gemeinschaftlichen« (Negri/Hardt), die das Individuum bestehen lässt, es nicht beengt und erstickt, die aber das Gemeinschaftliche pflegt und regelt«. Es gebe zusätzlich eine Dimension, die sowohl vom kapitalistischen Regime wie von sozialistischen Bewegungen immer missachtet wurde: »die Verbindung zur Natur. Hier wird Natur als Teil des Gemeingutes gesehen [...] – auch für künftige Generationen.« Vielleicht beantwortet sich die Eingangsfrage.

Eine hervorragende Einführung in das Denken des bolivianischen Vizepräsidenten bietet ein den Aufsätzen vorangestelltes Interview, im Internet als »Leseprobe« unter: www.book2look.com/vBook.aspx?id=978-3-85869-445-4

Selbstverständlich einen anderen Blick hat der ehemalige deutsche Botschafter Erich Riedler, der schon im Untertitel



Rotpunktverlag

ÁLVARO GARCÍA LINERA
**VOM RAND
 INS ZENTRUM**
 DIE NEUGESTALTUNG VON STAAT
 UND GESELLSCHAFT IN BOLIVIEN

seines Buches »Bolivien unter Evo Morales« fragt: »Neuanfang – oder Altes in neuer Verpackung?« Aber es mag überraschen; Riedler, der während der ersten Amtsperiode von Morales (2005 – 2009) Botschafter in La Paz war, kommt zu einer von Respekt getragenen Wertung:

»Diese kontinuierliche Unterstützung, die die Regierung [...] vor allem von campesinos und Indigenen, Arbeitern und kleinen Handwerkern erhalten hatte, weist auf die für mich wichtigste Errungenschaft der ersten vier Jahre der Regierung Morales: Diese Menschen, die schon immer die »schweigende Mehrheit« im Lande bildeten, haben jetzt nicht nur eine Stimme, sondern auch Gewicht und – man scheut sich fast, das Wort auszusprechen – ihre »Würde« gefunden.«

Riedler lobt die Sozialpolitik und die Landreform, äußert sich auch anerkennend zur neuen Verfassung Boliviens. Wie nicht anders zu erwarten, wird die Verstaatlichungspolitik kritisiert und mit verantwortlich gemacht für den Rückgang privater Investitionen. Zum Problem erhebt er die »innere Spaltung des Landes«: in die Vertreter des Bürgertums und der landbesitzenden Klasse einerseits sowie auf der anderen Seite die von Morales repräsentierte Masse der Bevölkerung. Hier fordert Riedler den »Schutz der demokratischen Rechte auch des politischen Gegners«.

Was das Buch über weite Strecken lesenswert macht, ist die faktenreiche Beschreibung unterschiedlicher Aspekte der Regierung Morales. Dass er die Analyse immer einbettet in seine Erfahrungsebene als Botschafter, macht das Buch leicht lesbar.

Álvaro García Linera: **Vom Rand ins Zentrum - Die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Bolivien.** Zürich (Rotpunktverlag) 2012, 301 S., 28 Euro.

Erich Riedler: **Bolivien unter Evo Morales. Neuanfang - oder Altes in neuer Verpackung?** Baden-Baden (Nomos) 2011, 200 S., 29 Euro.



Kino 8 ½ im April/Mai

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



06. und 07. April

LET ME IN

Ein unscheinbarer, zu Hause wie in der Schule weitgehend isolierter junger Mann freundet sich mit dem neu zugezogenen Nachbarsmädchen an, das sich als Vampir entpuppt, der von seinem "Vater" mit dem Blut menschlicher Opfer versorgt wird. Feinfühliges Remake eines schwedischen Films, das seinen schmerzhaften Stoff um jugendliche Isolation, Mobbing, Außenseitertum und erste Liebe durch Anleihen beim Horrorgenre suggestiv umsetzt und sowohl durch seine atmosphärische Bildsprache als auch durch bemerkenswerte jugendliche Darsteller überzeugt.

USA 2010, Kinostart: 15.12. 2010, 116 Minuten

13. und 14. April

DER JUNGE MIT DEM FAHRRAD

Ein Zwölfjähriger will sich nicht damit abfinden, dass ihn sein Vater ins Kinderheim abgeschoben hat. Voller Wut und Verzweiflung fährt er ihm auf seinem Fahrrad hinterher und bettelt darum, dass ihn der Vater wenigstens ab und an anrufe. In seiner Bedürftigkeit lässt er sich wahllos von Fremden helfen. Dabei gerät er auch an eine Friseurin, die sich seiner annimmt und auch dann noch beisteht, als er auf die Versprechungen eines Straßendealer hereingefallen ist. Ein leises, genau beobachtetes und bis in die Einzelheiten hinein kunstvoll verdichtetes Sozialdrama, das bodenständig von der Erfahrung einer unbedingten Liebe handelt und mit der Aussicht auf Glück belohnt.

Belgien 2011, Kinostart: 9. Februar 2012, 87 Minuten

20. und 21. April

FAUST

Alexander Sokurow verwendet Goethes Stück für eine bildmächtige, sinfonisch strukturierte Reise ins Labyrinth des Verderbens, in der es um die moralische Verkommenheit des Menschen, die Stafette des Bösen und die Einsamkeit der von allen guten Geistern verlassen Herrscherfiguren geht. Dafür löst er sich konsequent von der Theatervorlage: Der Pathologe Faust ist bei ihm weniger Wahrheitssucher und Seelenerforscher als ein von seiner wahnwitzigen Idee besessener Flaneur.

Der atemlose, nur von wenigen Ruhemomenten unterbrochene Film spielt in einer deutschen Kleinstadt des Biedermeier, die zum Ausgangspunkt ewiger Einsamkeit und Verdammnis gerinnt.

Frankreich 2011, 100 Minuten

27. und 28. April

J. EDGAR

Die Lebensgeschichte von J. Edgar Hoover, der 37 Jahre lang Chef des FBI war und für seine rigorose Jagd auf Kommunisten und Gangster berühmt und berüchtigt wurde. Ohne die historischen Fakten zu vernachlässigen, fahndet Clint Eastwood in dieser Filmbiografie nach dem Menschen hinter der äußeren Fassade. Weder Verachtung noch Bewunderung kennzeichnen sein Porträt, sondern die Faszination für eine schillernde Persönlichkeit, ohne ein moralisches Urteil abzugeben. Hervorragend in Inszenierung und Darstellung.

Deutschland 2011, Kinostart 19.01.2012, 138 Minuten

04. und 05. Mai

SHAME

Ein sexsüchtiger New Yorker Yuppie bekommt Besuch von seiner labilen jüngeren Schwester, die sich bei ihm einquartiert. Der Kontakt mit ihr ruft verdrängte Erinnerungen aus der gemeinsamen Kindheit wach, gefährdet aber die ganz auf die Sucht ausgerichtete Existenz des Mannes, die menschliche Bindungen ausschließt, und für ihn zur Zerreißprobe wird. Ein beklemmendes, vielschichtiges Drama, das dank des hervorragenden Hauptdarstellers und der vorzüglichen Inszenierung voller poetischer wie auch verstörender Bilder in den von unterdrücktem Schmerz geprägten Kosmos der Hauptfigur hinein führt. Dabei geht es auch um die Kritik eines westlichen Lebensstils, mehr aber um das Ergründen existenzieller Zustände.

Großbritannien 2011, Kinostart 01.03.2012, 101 Minuten

11. und 12. Mai

DRIVE

Ein junger Stuntman, der nachts bei Einbrüchen als versierter Fahrer eines Fluchtautos fungiert, verliebt sich in seine neue Nachbarin. Als deren Ehemann aus dem Gefängnis kommt, lässt er sich auf einen Handel ein, bei dem auch konkurrierende Gangsterbanden mitmischen. Traumwandlerisch souverän entwickelter Neo-Noir-Thriller als passionierte Hommage an die Krimiwelle der 1980er-Jahre, der kunstvoll mit den Elementen jongliert, wobei er dezidiert auf eine Ironisierung verzichtet.

USA 2011, Kinostart: 26.01.2012, 101 Minuten

17., 18., 19. und 22. Mai: EINER WIE BRUNO

26. und 26. Mai: BARBARA

01. und 02. Juni: BEST EXOTIC MARIGOLD HOTEL

Politische Termine in und um Celle

Di., 10. April, 15.00

Celle im Nationalsozialismus Zeitgeschichtlicher Rundgang

Der zeitgeschichtliche Stadtrundgang zu "Celle im Nationalsozialismus" beginnt an der Synagoge, dauert etwa zwei Stunden und endet am Mahnmal in den Trifanlagen. Die Historiker Reinhard Rohde und Tim Wegener führen dabei an Orte, die für Täter, Opfer und Zuschauer in der Zeit des NS von Bedeutung waren. Die Teilnahme ist kostenlos.

Beginn: 15 Uhr, Synagoge, Im Kreise

Do., 19. April, 19.00

Lesung: Thomas Mann und Amerika

mit Eva M. Kraske, Bernd M. Kraske und Thomas Held

Im amerikanischen Exil vollendete Thomas Mann seine Josephs-Tetralogie, *Lotte in Weimar*, *Doktor Faustus*, engagierte sich politisch und humanitär. Trotz wechselseitiger Dankbarkeit und Bewunderung blieb indes das Verhältnis zwischen dem Nobelpreisträger und seiner Wahlheimat durchaus ambivalent. In Selbstzeugnissen, Korrespondenzen und Beobachtungen zeigen sich die Facetten einer schwierigen „Beziehung“.

Bomann-Museum

Do., 26. April, 19.00

Facebook, Twitter und Co.

Vortrag und Diskussion mit Michael Schröder

Weblogs, Wikis und soziale Netzwerke wie Facebook ermöglichen neue Formen von Kommunikation, die eine aktive und eingreifende statt nur konsumierende Teilhabe an Öffentlichkeit erlauben. Die hier entstehenden Potentiale für eine Demokratisierung von Wissen und Informationen werden von sozialen Bewegungen angeeignet, sind Bestandteil qualitativ neuer Protestformen und alternativer Gegenöffentlichkeit. Michael Schröder zeigt beispielhaft Aneignungspraxen auf, thematisiert die Potentiale aber auch Grenzen der Social Media für Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit.

Ort: Kino 8 1/2, Hann. Str. 30e

Do., 26. April, 20.00

Wladimir Kaminer Liebesgrüße aus Deutschland

Kaminer stellt seinen neuen Roman „Liebesgrüße aus Deutschland“ vor, der ein lustiges Gegenmanifest zum düsteren Untergangsszenario von Thilo Sarrazin bildet. Wladimir Kaminer blickt über die Berliner Stadtgrenzen hinaus, um die liebenswerten Eigenarten seiner Wahlheimat Deutschland zu erkunden.

CD Kaserne, VVK 15,90, AK 18,00

Fr., 27. April, 16.00

Naturschutz und Natur erleben in der Allerniederung bei Osterloh

Vorstellung des Naturschutzprojektes und Führung durch das Gebiet mit Norman Rohrpasser (Untere Naturschutzbehörde) und Oliver Wohlge-muht (NABU).

Treffpunkt: Wehranlage Osterloh

Sa., 28. April, 10.00 – 17.00

Pflanzenflohmarkt und Tauschbörse

Heilpflanzengarten, Wittinger Str. 76

Di., 01. Mai, 10.00 – 13.00

Kundgebung des DGB zum Internationalen Tag der Arbeit

Mit Redner_innen u.a. aus den Betrieben und den sozialen Bewegungen der Stadt; Musik: Stars & Bars

Stechbahn

Mi., 09. Mai, 19.00

„Mitten in der Krise“ Vortrag von Johannes Kiess

Kiess stellt als Mitautor die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Rechtsextremen Einstellungen in Deutschland“ vor, in der eine erschreckend hohe Akzeptanz rechtsextremer Einstellungen in der Mitte unserer Gesellschaft nachgewiesen wurde.

Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und Diakonisches Werk

Kreuzkirche, Windmühlenstr. 43A

Fr., 11. Mai, 17.00

„Kindheitsbilder“ Vortrag von Brigitte Mende

Laves lädt ein: Brigitte Mende M.A., Erziehungswissenschaftlerin: Ein Gespräch über Kindheit, Kinder, Pädagogik und Kunst

Residenzmuseum im Schloss

Di., 22. Mai, 19.00

Lebensraum Neustädter Holz

Eine Wanderung zum Kennenlernen typischer Waldlandschaften mit Thomas Kaiser

Treffpunkt: Parkplatz am Allerrandweg (hinter CeBus), gebührenfrei

Freiräume schaffen und erhalten – b16 bleibt!

Demonstration

am 14.04.2012, 11 Uhr,
Bahnhofsvorplatz

Das Wohnprojekt in der Biermannstraße 16 ist vom Vermieter gekündigt worden, nachdem die Stadt aufgrund fehlender Nutzungsgenehmigungen eine bauaufsichtliche Anordnung erlassen hat, die jegliche Nutzung verbietet.

Die Biermannstraße ist seit über zehn Jahren vermietet und bewohnt; das wusste die Stadt immer und der Vermieter auch – wofür hätte er sonst die Miete kassiert. Es hat sich nichts geändert, aber auf einmal soll alles anders sein? Liegt die Vermutung so fern, dass angesichts des Stadtentwicklungsprojekts Allerinsel einfach mal das Umfeld »aufgeräumt« wird? Die Demo-Forderung lautet

Wir fordern die Stadt auf, das Nutzungsverbot zurückzunehmen und weiterhin alternative Lebensentwürfe zu ermöglichen.

Mehr unter: b16.blogspot.de

Redaktionsschluss für die nächste revista: 21. Mai 2012

Kunst & Kultur

Mo. 02. April, 20.00

Steve Shuffert

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 7. April, 22.00

Deka Dance – Alice dänct im Wunderland!

Buntes Haus, 2,00 / 4,00

Di., 10. April, 20.00

Jay Tamkin

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 13. April, 20.00

BB & The Blueshacks

Hof Wietfeldt, AK 20,00

Uli Wißmann Trio

Kunst & Bühne, AK 10,00

Sa., 14. April, 20.00

Rocktail – Crossfire-Show

CD-Kaserne

Sa., 14. April, 20.00

103 Entertainment (Hardcore)

presents: **Heart in Hand, Polar, 5Ft High & Rising, This Is My Promise, Nevercab**

Buntes Haus, 5,00

So., 15. April, 20.00

Poetry Slam / Buch oder Bier

Rio's, AK 6,00

Do., 19. April, 20.00

J.W. Jones

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 27. April, 21.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Sweetie Glitter – Glamrock-Show

CD Kaserne, VVK 17,90, AK 20,00

Sa., 28. April, 20.00

Willy Logan

Herzog Ernst, Eintritt frei

Di., 01. Mai, 20.00

Sean Carney

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do., 03. Mai, 19.00

Anja Ritterbusch

Sparkasse Groß-Hehlen, AK 10,00

Fr., 4. Mai, 19.00

Neue Jazz Initiative SESSION

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Stefan Gwildis

CD Kaserne, VVK 32,50, AK 35,00

Fr., 4. Mai, 20.30

N 103 Entertainment Presents: **Paid in Pain, Bedlam Broke Loose (WOB), Steve form England (H)**

Buntes Haus

Do., 10. Mai, 20.00

Sam Kelly

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 12. Mai, 20.00

High Five – A Cappella

CD Kaserne, VVK 16,90, AK 18,00

So., 13. Mai, 11.00

Jazz-Connection

Hof Wietfeldt, 10,00

Sa., 19. Mai, 11.00

Reggae-Party

Mit der Band **Peace Development Crew (HH)** und dem Celler Sound **SQUAL UNIT**

Buntes Haus

Fr., 25. Mai, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Mo., 28. Mai, 20.00

Igor Prado

Herzog Ernst, Eintritt frei

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Attac-Plenum

jeden 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Ange-
stellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

**Regionale Energie & Kon-
sum-Wende (Transition
Town)**

jeden 1. Di. im Monat, 18.30
Uhr – Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Kneipe

Jeden Mo., 19.30 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

jeden 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr